



ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

DER JUSOS MÜNSTER

Antragsbuch

08. Januar 2017

Inhalt

A1	Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2017 – Wie wir leben wollen	3
A2	Euer Geschlechterbild kotzt uns an – Gegen den Antifeminismus und einen Feminismus von rechts!	13
A3	Rechte trans- und intersexueller Menschen stärken	18
A4	Gute Bildung für alle – von Anfang an!	20
A5	Gute Arbeit an den Hochschulen!	24
A6	„Dass Auschwitz nie wieder sei“ – Erinnerungskultur in der Schule	30
A7	Wider die Kennzeichnung israelischer Produkte	35
A8	Öffentlich geförderte Beschäftigung stärken	36

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2017 – Wie wir leben wollen

1 *„Das ist keine Erzählung, das ist nur ein Protokoll, doch wir können davon lernen, wie wir leben wollen.“*

2 Wir, die Jungsozialist*innen in Münster, verstehen uns nicht nur als sozialistischer, feministischer,
3 antifaschistischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Darüber
4 hinaus sind wir gerade keine brave Parteilugend sondern ein eigenständiger linker Jugendverband,
5 der Stachel im Fleisch der SPD, ihr kritisches Korrektiv. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das
6 sind die Grundwerte, die unsere alltägliche politische Arbeit bestimmen und mit denen wir immer
7 wieder aufs Neue zeitgemäße Antworten finden wollen auf die zentrale Frage, wie wir leben
8 wollen. Der demokratische Sozialismus ist für uns dabei nicht irgendeine Vision, die wir uns ab und
9 zu mal leisten, als dezidierten Gegenentwurf gegen das kapitalistische Herrschaftssystem nehmen
10 wir ihn als Hauptantwort ernst. Wir wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der jede*r
11 sich ohne Unterdrückung und Ausbeutung entfalten und am gesellschaftlichen Zusammenleben
12 verantwortlich teilhaben kann und in der der Reichtum gerecht verteilt ist.

13 Auf dem Weg dahin bekämpfen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen
14 Ungerechtigkeiten, wo immer sie auftreten – sei es aufgrund des ausbeuterischen
15 Wirtschaftssystems, des weit verbreiteten Rassismus' oder des nach wie vor vorhandenen
16 Patriarchats. Stattdessen kämpfen wir für progressive Positionen und die können nur von Links
17 kommen! Zu diesem Zweck setzen wir uns intensiv theoretisch mit den gesellschaftlichen
18 Verhältnissen und ihren Mechanismen der Unterdrückung auseinander, um unsere
19 Schlussfolgerungen und Forderungen anschließend lautstark auf die Straße zu tragen.

20 Wir wissen, wie wir leben wollen und wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis unsere große
21 Idee des demokratischen Sozialismus erreicht ist!

22 **I. Unsere inhaltliche Arbeit**

23 Als eigenständiger Jugendverband haben wir einen klaren politischen Gestaltungsanspruch, für
24 dessen Realisierung es unerlässlich ist, unsere bestehenden Positionen immer wieder zu
25 aktualisieren und neue Positionen kontinuierlich zu erarbeiten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wollen
26 wir auch im kommenden Jahr in möglichst vielen Themenbereichen tiefgreifende Debatten führen.
27 Wir wollen dabei im Besonderen ergründen, inwieweit die klassisch sozialdemokratische
28 Verteilungsfrage fruchtbar gemacht werden kann, um zum Beispiel identitätspolitische Aspekte
29 zusammenzuführen. Die Betrachtung und Analyse einzelner gesellschaftlicher Gruppen und der

30 Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, war und bleibt ein wichtiger Teil unserer politischen
31 Arbeit. Wir wollen nun einen Schritt weitergehen und die Ergebnisse dieser Betrachtungen unter
32 der Frage nach der Verteilung von Chancen, Privilegien und Reichtum zusammenführen. Dies wird
33 einerseits mit einer Reduktion der Komplexität einhergehen, andererseits kann es uns so gelingen,
34 aus der theoretischen Betrachtung einzelner Minderheiten eine Mehrheit in der politischen Praxis
35 zu machen.

36 **a) Unsere Themenbereiche**

37 **Antifaschismus und Kommunales**

38 Der PoliTisch Antifa und Kommunales wagt einen Spagat: Einerseits gilt es, sich mit dem wichtigen
39 Themenbereich Antifaschismus auseinanderzusetzen und das in Zeiten, in denen antifaschistisches
40 Arbeiten so notwendig ist wie selten. Andererseits wollen wir die Debatten in Gesellschaft und
41 Politik Münsters abbilden und so den Blick für kommunale Angelegenheit schärfen. Insbesondere
42 bei der Betrachtung von Kommunalpolitik ist ein gewisses Maß an Spontanität entscheidend, um
43 auf aktuelle Entwicklung angemessen reagieren zu können. Als Eckpfeiler könnten wir uns aber
44 unter anderem die weitere Begleitung unserer bisher sehr erfolgreichen Kampagne zur
45 Milieuschutzsatzung sowie eine nähere Betrachtung des kulturellen Angebots einer Kommune
46 vorstellen. Wichtig ist, bei vielen Jungsozialist*innen Interesse für die kommunale Arbeit zu
47 wecken, wozu der PoliTisch Kommunales beitragen soll.

48 Antifaschismus als zweiter Themenkomplex dieses PoliTischs bedarf auch im nächsten Jahr unserer
49 vollsten Aufmerksamkeit. Es sind die bekannten Gefahren: Rechtspopulist*innen sind weltweit
50 weiter auf dem Vormarsch oder wie Donald Trump in höchste Ämter gewählt, Antisemit*innen und
51 Israelhasser*innen jeder Couleur tragen ihre Antipathie nun soweit, dass die Übergriffe auf
52 Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik ein unerträgliches Maß angenommen haben und die
53 AfD hat die Chance 2017 in den Bundestag einzuziehen. Die AfD als rechtspopulistisches
54 Phänomen in der BRD droht sich weiter zu stabilisieren und politischer Alltag zu werden. Das
55 können und wollen wir nicht zulassen. Ebenso wenig dulden wir weder alltäglichen noch
56 institutionalisierten Rassismus gegen irgendeine Bevölkerungsgruppe. Ein zentrales Element
57 unseres politischen Selbstverständnisses ist die fortwährende Auseinandersetzung mit der Shoah
58 und den Verbrechen der Nationalsozialist*innen. Eine notwendige Form, dieser Barbarei zu
59 begegnen, ist es, den Opfern zu gedenken. Das veranlasst uns, das Thema Erinnerungs- und
60 Gedenkpolitik auf die Agenda für 2017 zu nehmen, um über die Grundlagen und
61 Herausforderungen dieses Politikfeldes zu sprechen. Weiterhin werden wir natürlich aktiv an
62 antifaschistischen und antirassistischen Demonstrationen und Gedenktagen teilnehmen und so ein
63 starkes Signal gegen jegliche Form von Menschenhass setzen.

64 **Bildung**

65 Im diesem Jahr möchten wir uns auch wieder mit dem vielfältigen Bereich Bildungspolitik
66 beschäftigen. Egal, ob es um Kita, Schule, berufliche Bildung, Hochschulen oder politische Bildung
67 geht – wir wollen weiterhin das bestehende Bildungssystem kritisch hinterfragen und
68 jungsozialistische Visionen für eine gerechte und progressive Bildungspolitik erarbeiten.

69 Viele Berichte und Studien haben auch in 2016 erneut gezeigt: in der Bundesrepublik hängt der
70 Bildungserfolg nach wie vor stark von der Herkunft der Kinder ab. Deswegen wollen wir ein
71 besonderes Augenmerk in diesem Jahr auf die Selektion und Chancenungleichheit in der Bildung
72 legen. Dabei wollen wir uns insbesondere der Frage widmen, inwieweit der sozio-ökonomische
73 Hintergrund den Bildungsweg von Menschen beeinflusst und welche Hürden bestehen. Wir
74 möchten uns auch damit beschäftigen, wie die Inklusion von geflüchteten Menschen in die
75 unterschiedlichen Bereiche des Bildungssystems gelingt.

76 Doch auch mit spezifischen Fragestellungen der einzelnen Bildungsbereiche wollen wir uns im
77 kommenden Jahr beschäftigen. So wollen wir uns im Bereich der frühkindlichen Bildung mit dem
78 Beruf und der Tätigkeit der*des Erzieher*in beschäftigen. Wie steht es aktuell um die
79 Beschäftigungsbedingungen von Erzieher*innen? Wie kann eine gesellschaftliche Aufwertung
80 dieses Berufs gelingen – hilft dazu vielleicht ein Blick in andere Länder? Und welche neuen
81 Anforderungen bringen gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen mit sich? In Bezug auf die
82 schulische Bildung wollen wir den Fokus auf politische Bildung und Mitbestimmung legen. Wie
83 leistet die (politische) Bildung in der Schule einen Beitrag zu einer funktionierenden
84 demokratischen Gesellschaft? Wie werden junge Menschen zu mündigen Mitgliedern der
85 Gesellschaft und wie tragen die Partizipationsmöglichkeiten in der Schule aktuell dazu bei? In
86 Bezug auf die Hochschulpolitik wollen wir uns damit beschäftigen, wie es um selbstbestimmtes
87 und kritisches Studieren in Zeiten der Ökonomisierung der Hochschulen steht. Im Bereich der
88 Ausbildung wollen wir uns mit dem Stellenwert der beruflichen Bildung in der Gesellschaft
89 beschäftigen und zudem beleuchten, inwiefern junge Menschen auf die Berufswahl und die
90 unterschiedlichen Ausbildungsmöglichkeiten vorbereitet werden.

91 Gleichzeitig möchten wir beim PoliTisch Bildung aber auch aktuellen Themen und Entwicklungen
92 genügend Raum geben und möglichst vielfältige Diskussionen durch die Beteiligung von
93 Schüler*innen und Auszubildenden an der Vorbereitung und Durchführung der PoliTische
94 erreichen. Auch die Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe und Bündnispartner*innen wollen
95 wir suchen, um Bildung aus jedem Blickwinkel zu betrachten und verschiedene Perspektiven
96 einzubeziehen.

97 **Europa und Internationales**

98 „Wacht auf, Verdammte dieser Erde“ heißt es so schön zu Beginn der Internationalen, dem
99 bekanntesten Kampflied der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung. Als Jungsozialist*innen
100 verstehen wir uns als internationalistischer Verband und wollen uns dementsprechend über

101 nationale Grenzen hinweg mit politischen Themen beschäftigen. Dazu gehört die Diskussion
102 europapolitischer und internationaler Fragen, eben der Fragen, die die Erde gerade bewegen.

103 Diese Erde bewegt sich in weiten Teilen gerade wieder nach rechts. Über Europas Grenzen hinweg
104 greift der Rechtsruck und geht dem entgegen, wofür wie einstehen: eine tolerante und offene
105 Gesellschaft der Freien und Gleichen. In den letzten US-Wahlen mussten wir erleben, wie ein
106 Rechtspopulist mit sexistischen und rassistischen Äußerungen Präsident der Vereinigten Staaten
107 wird. Wir werden kritisch beobachten, welche Folgen dies auf die USA hat. Doch auch in Frankreich
108 erstarkt der rechtsextreme Front National mit Marine Le Pen an seiner Spitze; ein weiteres Beispiel
109 stellt die national-konservative PiS Regierung in Polen dar, weshalb für uns weiterhin die Frage
110 relevant bleibt, was wir Jungsozialist*innen dem internationalen Erstarken rechter Kräfte
111 entgegensetzen können und was es für einen Linksruck braucht.

112 Wir sind der Ansicht, dass es Probleme gibt, die sich nur international lösen lassen. Ein solches
113 stellt der Kampf gegen Terrorismus dar. Mit Blick darauf, wie terroristische Aktivitäten effektiv
114 durch internationale Zusammenarbeit verfolgt und verhindert werden können, ohne dass dabei
115 Bürger*innenrechte mit Füßen getreten werden, wollen wir versuchen uns diesem
116 Themenkomplex anzunähern.

117 Weiterhin wollen wir unsere Aufmerksamkeit auf Krisenherde und Fluchtursachen werfen. Hier
118 wird sodann auch deutlich, dass europäische und internationale Themen letztlich nicht getrennt
119 voneinander betrachtet werden können. In diesem Zusammenhang steht der Syrien-Konflikt im
120 Vordergrund, dem wir uns widmen und verschiedene involvierte Akteur*innen betrachten wollen.
121 Für einen menschenwürdigen Umgang mit geflüchteten und flüchtenden Menschen wollen wir
122 Antworten auf die Frage erarbeiten, wie „Refugees Welcome!“ auch tatsächlich politisch
123 umgesetzt und gestaltet werden kann.

124 Einiges steht somit auf der Agenda, denn zugleich wollen wir natürlich auch tagesaktuell arbeiten.

125 **Gleichstellung**

126 Wir wollen auch im kommenden Jahr Grundlagen unserer feministischen Positionierung wieder
127 zum Thema machen. Gerade auch für neue Mitglieder ist es spannend, unsere Vorstellung des
128 Zusammenhangs von Queerfeminismus und dem klassischen Frauen*empowerment
129 kennenzulernen und zu diskutieren. Dabei wird unser Fokus auch auf der Perspektive von trans*-
130 Menschen liegen, welche in den stereotypen Rollenbildern und der binären Geschlechterordnung
131 oftmals auch Identifikationsmerkmale und Schutz finden können.

132 Außerdem werden wir Themen aufgreifen, die sonst oft eher am Rand der Debatten auftauchen,
133 wie zum Beispiel die Diskussion um Definitionsmacht. Dahinter verbirgt sich die Frage danach, wer
134 festlegt, wann ein sexueller Übergriff oder ein sexueller Missbrauch passiert ist und wie gravierend
135 dieser war. Insbesondere wollen wir das Spannungsfeld von Definitionsmacht und den praktischen
136 Konsequenzen, die sich aus ihr ableiten, diskutieren.

137 Ein weiterer Bereich, der unsere feministische Arbeit prägt, dem wir uns aber noch intensiver
138 widmen möchten, wird im kommenden Jahr der nötige Platz eingeräumt. Die Rede ist von unserem
139 intersektionalen Ansatz. Die Analyse besonderer mehrfacher Benachteiligung unter anderem von
140 Women of Color oder Frauen* mit Behinderungen/ chronischen Erkrankungen und der Austausch
141 oder die Auseinandersetzung mit betroffenen Frauen, soll einen größeren Teil unserer Zeit in
142 Anspruch nehmen.

143 Wir werden uns auch mit Arbeitswelten von Frauen* auseinandersetzen. Und dabei ein
144 besonderes Augenmerk auf Care Arbeit legen – ein gesellschaftlicher Bereich, in dem immer noch
145 mehrheitlich Frauen* beschäftigt sind oder unbezahlt arbeiten.

146 **Wirtschaft und Soziales**

147 Für das Jahr 2017 haben wir ebenfalls im Bereich Soziales viele große Themen vor uns.

148 Wir wollen unsere Sozialversicherungen auf den Prüfstand stellen. Die Rente ist in vielen Fällen
149 nicht mehr sicher. Gleichzeitig wächst die Anzahl an Rentner*innen bedingt durch den
150 demographischen Wandel immer weiter. Die Kranken- und Pflegekassen beklagen ebenfalls, mit
151 ihren Geldern kaum auszukommen. Wir wollen überlegen, wie man unsere Versicherungssysteme
152 wieder auf einen soliden Sockel stellen kann. Die Bürgerversicherung ist dabei nur eine von vielen
153 Optionen.

154 Das Thema Armut ist auch im 21. Jahrhundert ein allzu gegenwärtiges Problem. Sowohl Kinder und
155 Jugendliche, aber auch Rentner*innen geraten immer häufiger in die Situation, nicht genügend
156 Geld zum Leben zu haben. Dabei mangelt es in Deutschland nicht am Geld. Es ist nur sehr ungleich
157 verteilt. Wir wollen uns dem Thema widmen, wie man durch Umverteilung, z.B. mittels einer
158 Reichen- bzw. Vermögenssteuer, Armut auf solidarische Weise bekämpfen kann.

159 Eng verknüpft damit sind gute Arbeitsverhältnisse. Wir haben inzwischen einen Mindestlohn
160 eingeführt, der jedoch noch viel zu viele Ausnahmen enthält. Wir haben ebenfalls einen ziemlich
161 starken Kündigungsschutz und Antidiskriminierungsgesetze. Dennoch werden viele
162 Arbeitnehmer*innen in Leiharbeitsverhältnissen ausgebeutet. Oft wird die betriebliche
163 Mitbestimmung umgangen. Wir wollen schauen, was für uns gute Arbeit voraussetzt und wie wir
164 diese absichern können.

165 Wie in den letzten Jahren werden auch die Geflüchteten ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein.
166 Nachdem im Frühjahr über die letzten offenen Asylanträge entschieden sein wird, wird sich nun
167 die Aufgabe der Integration stärker als zuvor stellen. Wir wollen diesen Prozess mitgestalten und
168 der rechten Stimmungsmache entgegentreten.

169 Schließlich wollen wir unabhängig davon die Möglichkeit bieten, wichtige umweltpolitische
170 Themen unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit zu diskutieren.

171 **b) Seminare**

172 Ein zentraler Bestandteil unserer politischen Bildungsarbeit sollen auch im kommenden Jahr
173 unsere Seminare sein, die wie kein anderes Format die Möglichkeit bieten, sich gemeinsam vertieft
174 mit ausgewählten Themen auseinanderzusetzen und diese ausführlich zu diskutieren. Im
175 vergangenen Jahr haben wir beispielsweise erfolgreich die Bereiche Bildung, Umwelt, Antifa und
176 Feminismus bearbeitet und die dort entwickelten Ergebnisse werden uns auch weiterhin begleiten.
177 In diesem Jahr wollen wir vor allem die Themenfelder Arbeit und Soziales sowie Internationales
178 beleuchten und angesichts des voranschreitenden Rechtsrucks sehen wir es als unsere Pflicht an,
179 uns auch weiterhin mit dem Thema Antifaschismus ausführlich zu beschäftigen.

180 Neben diesem inhaltlichen Angebot wollen wir gerade das wahlkampfintensive Jahr 2017 dazu
181 nutzen, uns gegenseitig sowie mit externer Beratung methodisch weiterzubilden. In verschiedenen
182 Formaten wollen wir uns in die Lage versetzen, einen noch engagierteren und moderneren
183 Jugendwahlkampf auf die Beine zu stellen als bisher.

184 Nach Möglichkeit sollen zwei Seminare wieder jeweils möglichst über ein Wochenende und
185 außerhalb von Münster stattfinden.

186 **II. Unsere Arbeitsweise**

187 Wir können als Jusos Münster höchst zufrieden auf das vergangene Jahr zurückblicken. Ob
188 Landeskonferenz, Bundeskongress oder die Parteitage hier vor Ort – auf allen Ebenen waren wir
189 nicht nur personell, was sowohl Delegationen als auch Vorstände angeht, sehr präsent, mit starken
190 eigenen Anträgen und engagierten Redebeiträgen haben wir außerdem unseren postulierten
191 Gestaltungsanspruch auf den verschiedenen Ebenen unter Beweis gestellt. Diese gute Vertretung
192 auch im vor uns liegenden Jahr fortzusetzen, muss unser Anspruch sein.

193 **a) Der PoliTisch**

194 Der PoliTisch als wöchentliches Treffen hat sich nicht nur bewährt, sondern ist ein ganz
195 entscheidender Grund dafür, dass wir personell und inhaltlich so gut aufgestellt sind, weil er es
196 einerseits schafft, neuen Mitgliedern und Interessierten einen niedrigschwelligen Einstieg in
197 unsere Arbeit zu ermöglichen und andererseits durch kontinuierlich spannende Diskussionen
198 nichts an Attraktivität zu verlieren. Es bleibt daher dabei: Wir werden uns weiterhin jede Woche
199 donnerstags zusammenfinden, um unsere Themenbereiche in alphabetischer Reihenfolge zu
200 diskutieren.

201 Eine Ausnahme von dieser Regel stellt unser „PoliTisch Organisatorisch“ dar, für den wir stets den
202 ersten Donnerstag im Monat reserviert haben. Wir verstehen diesen PoliTisch als offene
203 Vorstandssitzung, auf welcher wir zum Beispiel die Planung von Veranstaltungen, Wahlkämpfen
204 etc. gemeinsam angehen wollen. Wir wollen dabei im kommenden Jahr evaluieren, inwiefern wir

205 besonders diesen PoliTisch noch attraktiver hinsichtlich der Beteiligung von Mitgliedern, die keine
206 Parteifunktion innehaben, gestalten können. Die Einführung einer politischen Viertelstunde, in
207 welcher wir tagesaktuelle Themen diskutieren, war diesbezüglich ein gewinnbringender Schritt.

208 Ganz grundsätzlich ist uns in der Frage nach der Beteiligung aller an den PoliTischen wichtig, auch
209 weiterhin dafür zu sorgen, dass sich jede*r bei uns wohlfühlt. Dazu braucht es neben einer
210 allgemein respektvollen Gesprächskultur auch ein Bewusstsein aller dafür, eine Sprache zu
211 verwenden, die niemanden ausschließt. Wir wollen ausdrücklich nicht auf inhaltliche Komplexität
212 verzichten, aber dort, wo theoretische Begriffe oder parteiinterne Codes verwendet werden,
213 sollten diese umgehend erklärt werden.

214 Als besonders gewinnbringend haben sich im zurückliegenden Jahr immer wieder auch PoliTische
215 mit externen Referent*innen herausgestellt. Dies sowie die erfreulich angestiegene Zahl der
216 PoliTisch-Besucher*innen soll uns als Anregung dienen, die jeweilige Ausgestaltung der PoliTische
217 von Zeit zu Zeit zu variieren und neue Formate auszuprobieren.

218 **b) Vorstandsarbeit**

219 Wir sind als Jusos Münster vor allem deshalb so stark, weil wir auf die genannte breite Beteiligung
220 aller setzen. Dies muss sich auch in der Vorstandsarbeit niederschlagen und deshalb wollen wir
221 weiterhin alle wichtigen organisatorischen oder inhaltlichen Entscheidungen gemeinsam mit allen
222 Mitgliedern auf unserer offenen Vorstandssitzung, dem „PoliTisch Organisatorisch“, treffen.

223 Den Vorstandsmitgliedern kommt dabei die Aufgabe zu, die getroffenen Entscheidungen als Team
224 umzusetzen. Von ihnen kann daher ein herausragendes Maß an aktiver Beteiligung und
225 Engagement erwartet werden. Dies soll sich nicht nur in der Zuständigkeit für einen bestimmten
226 Themenbereich samt der hauptverantwortlichen Betreuung des zugehörigen PoliTischs
227 niederschlagen, darüber hinaus wird jedem Vorstandsmitglied ein weiterer Arbeitsbereich,
228 darunter beispielsweise politische Bildungsarbeit und Neumitgliederbetreuung, zu eigen sein.
229 Schließlich wird von den Vorstandsmitgliedern die aktive Teilnahme an allen Veranstaltungen der
230 Jusos Münster erwartet, sofern nicht begründete Entschuldigungen vorliegen.

231 **c) Landtags- und Bundestagswahlkampf 2017**

232 Die Wahlkämpfe zur Landtagswahl in NRW und zur Bundestagswahl werden den Großteil des
233 kommenden Jahres darstellen und wir wissen dabei, wofür wir kämpfen. Wir wollen, dass
234 Hannelore Kraft ihre hervorragende Arbeit als Ministerpräsidentin fortsetzen kann; wir wollen,
235 dass Thomas Marquardt und Svenja Schulze ihre Direktmandate verteidigen können; wir wollen,
236 dass die SPD den*die Kanzler*in stellt und zwar in einem Rot-Rot-Grünen-Bündnis und wir wollen
237 natürlich gemeinsam mit unserem ehemaligen Sprecher Robert von Olberg um das Direktmandat

238 bei der Bundestagswahl ringen. Wir werden dies tun, weil wir von unseren Kandidierenden
239 überzeugt sind. Wobei auch klar sein muss: Wahlkampf gibt es nicht für lau!

240 Denn mindestens genauso überzeugt sind wir ebenso von unseren jungsozialistischen Positionen,
241 bei denen wir erwarten, dass sich unsere Kandidierenden diese zu Herzen nehmen: Wahlrecht mit
242 16, Azubiticket, Adoptionsrecht für Homosexuelle, Ausbildungsplatzgarantie, ein langfristig
243 fahrschein- und kostenloser ÖPNV etc. - mithilfe eines engagierten und modernen
244 Jugendwahlkampfes wollen wir dafür sorgen, dass diese Forderungen Eingang in Wahlprogramme
245 und dann in Koalitionsverträge finden. Wie zum Beispiel ein moderner Online-Wahlkampf
246 aussehen kann, hat im zurückliegenden Jahr unsere Juso-Hochschulgruppe im Wahlkampf zum
247 Studierendenparlament gezeigt. Außerdem setzen wir nicht nur aber gerade im Wahlkampf auf
248 eine enge Zusammenarbeit mit den NRW Jusos und den Jusos im Bund. Wir wollen außerdem
249 gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend für unsere Positionen streiten. Schließlich möchten wir
250 prüfen, inwieweit gemeinsame Aktionen mit der Grünen Jugend möglich und sinnvoll sind, was
251 den Kampf gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck angeht.

252 **d) Kooperationen und Bündnisarbeit**

253 Für unseren alltäglichen politischen Kampf für gesellschaftliche Veränderungen ist die Kooperation
254 mit anderen Gruppen innerhalb unserer Partei sowie die Arbeit in Bündnissen unerlässlich. Dies
255 gilt insbesondere in Wahlkampfzeiten und wir sind froh über diese engen Zusammenarbeiten.

256 Eine besondere Rolle kommt dabei der Juso-Hochschulgruppe zu, die nicht nur wahlkampfverfahren
257 sondern auch inhaltlich extrem gut aufgestellt ist und insofern ist es selbstverständlich, dass auch
258 im neuen Vorstand ein*e Vertreter*in unserer Hochschulgruppe sitzt. Denn den Kontakt zu und die
259 Zusammenarbeit mit ihr wollen wir im nächsten Jahr noch verstärken, haben wir doch beide
260 mehrere Wahlkämpfe vor der Brust, während derer wir uns gegenseitig intensiv unterstützen und
261 Kraft geben wollen. Dies soll nicht nur in Form personellen Einsatzes stattfinden, es wird darüber
262 hinaus sicherlich gewinnbringend sein, gegenseitig gemachte Erfahrungen und erworbenes Know-
263 how auszutauschen. Fortführen wollen wir schließlich die Organisation gemeinsamer
264 Veranstaltungen.

265 Weil wir aber natürlich nicht nur ein studentisches Milieu ansprechen wollen, freuen wir uns
266 außerdem sehr auf die Zusammenarbeit mit unserer wiedergegründeten Juso Schüler*innen und
267 Auszubildenden Gruppe (JSAG). Um ihre Arbeit weiter zu verstetigen, wollen wir ihr mit Rat und
268 Tat zur Seite stehen, insbesondere was das Thema Mitgliederwerbung oder das Einbringen von
269 Anträgen angeht. Denn auf die Sicht von Schüler*innen und Azubis können und wollen wir
270 ausdrücklich nicht verzichten.

271 Den Kontakt wollen wir als eigenständiger linker Richtungsverband aber nicht nur zu den
272 genannten jungsozialistischen Projektgruppen suchen. Auch innerhalb der Partei gilt es weiterhin,
273 die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften zu verstetigen, Erfahrungen

274 auszutauschen und gemeinsame Antragsinitiativen zu entwickeln. Zu nennen sind hier z.B. die
275 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), die QueerSozis, die Arbeitsgemeinschaft
276 für Arbeitnehmerfragen (AfA) sowie die AG 60plus.

277 Doch um unsere jungsozialistischen Ideen durchzusetzen, benötigen wir ganz entschieden ebenso
278 Verbündete außerhalb der eigenen Partei und wir sind froh in zahlreichen Bündnissen und
279 Kooperationen, besonders im antifaschistischen Bereich, stark vertreten zu sein. Zu nennen ist hier
280 allen voran das Kein Meter Bündnis in Münster. Darüber hinaus hat Vernetzungstreffen mit der
281 Grünen Jugend, welches wir in diesem Jahr auf die Beine gestellt haben, gezeigt, dass wir auch in
282 Zukunft Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten sollten.

283 Und auch der Kontakt zur Gewerkschaftsjugend wurde deutlich intensiviert, als Beispiele sind hier
284 unter anderem der 1. Mai sowie unsere gemeinsamen Anstrengungen für das Azubiticket und die
285 Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zu nennen. Auch diesen engen Kontakt wollen wir
286 fortführen und weiter intensivieren, um linken Forderungen im Wahlkampf noch größere
287 Aufmerksamkeit zu verschaffen.

288 **e) Gleichstellungsarbeit**

289 Wir Jusos Münster verstehen uns als feministischer Richtungsverband – dieses klare Bekenntnis ist
290 auch im Jahre 2017 von Nöten und wir sind stolz auf unsere feministische Arbeit. Leider wird nach
291 wie vor nicht nur unsere Gesellschaft von patriarchalen Strukturen beherrscht, auch innerhalb
292 unserer eigenen Partei bleibt ein ständiges Eintreten für feministische Positionen unerlässlich.
293 Dabei zeigen wir mit dem Finger nicht nur auf andere, sondern formulieren den deutlichen
294 Anspruch an uns, unsere eigene Arbeit immer wieder aufs Neue auf männliche Strukturen hin zu
295 überprüfen.

296 Wir werden daher auch im vor uns liegenden Jahr auf das Konzept der Frauen*treffen setzen, die
297 als Vernetzungstreffen zusammen mit der Juso-Hochschulgruppe in unregelmäßigen Abständen
298 dem gegenseitigen Empowerment dienen. Darüber hinaus müssen wir evaluieren, warum unter
299 den zahlreichen Neumitgliedern, die wir in diesem Jahr gewinnen konnten und über die wir uns
300 sehr freuen, vor allem Männer* und nach wie vor nur wenige Frauen* sind. Aus diesem Grund
301 wollen wir weitere Formate zum Empowerment von Genossinnen* prüfen.

302 Den Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen werden wir bei unserer
303 Gleichstellungsarbeit selbstverständlich auch weiterhin pflegen.

304 **f) Öffentlichkeitsarbeit**

305 Im letzten Jahr konnten wir die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster erfolgreich
306 weiterentwickeln. Nicht nur ist es uns trotz der erzkonservativen Münsteraner Presselandschaft
307 abermals gelungen, einige Pressemitteilungen in den Münsteraner Zeitungen unterzubringen.

308 Auch auf unserer Homepage sowie in sozialen Netzwerken sind wir in unterschiedlichsten Formen
309 aktiv und sichtbar gewesen. Dies gilt es, erst recht im kommenden Jahr weiterzuführen. Eine
310 besondere Rolle wird dabei dem Online-Wahlkampf zukommen.

311 Die neu eingeführte Bewerbung unserer Politische als Facebook-Veranstaltungen wollen wir
312 evaluieren und je nachdem fortführen oder optimieren.

313 **g) Kampagne**

314 „Wir bleiben hier – wir bleiben vielfältig!“ Unsere Kampagne zur Einführung einer
315 Milieuschutzsatzung haben wir Ende letzten Jahres auf den Weg gebracht. Die verschiedenen
316 Aktionen im Rahmen dieser Kampagne haben gezeigt, dass es einen Bedarf und einen Willen in der
317 Bevölkerung gibt, dass Münster eine Milieuschutzsatzung bekommt. Auch das von der Verwaltung
318 der Stadt Münster durchgeführte Expert*innenhearing hat deutlich gemacht, dass eine
319 Milieuschutzsatzung ein wirksames Instrument zur Gentrifizierungsbekämpfung sowie zum Erhalt
320 der Diversität eines Viertels ist.

321 Im kommenden Jahr gilt es nun, diese Kampagne mit einem Ratsbeschluss zum Erfolg zu führen.
322 Dafür werden wir in engem Kontakt mit unserer Ratsfraktion kämpfen, wir werden ggf. weitere
323 Aktionen durchführen und Unterschriften sammeln, um zu zeigen wie viele Menschen hinter
324 diesem Anliegen stehen, sodass die Ratsfraktionen von CDU und Grünen ihre Blockade oder
325 Skepsis endlich ablegen und den Weg freimachen für dieses wirksame Instrument.

326 **III. Wie wir leben wollen**

327 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus,*
328 *sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben.*
329 *Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann.*
330 *Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.*

A2 Euer Geschlechterbild kotzt uns an – Gegen den Antifeminismus und einen Feminismus von rechts!

1 In den letzten Jahren sind Gruppierungen erstarkt und weiter in die Öffentlichkeit gerückt, die in
2 ihren Zielen auf vielen Ebenen unsere Vorstellung von einer freien und emanzipierten Gesellschaft
3 entgegenstehen. Mit ihrem reaktionären Weltbild haben sie zum Ziel, Menschen in ihrer
4 persönlichen Entwicklung und Entfaltung durch tradierte Rollen- und Familienbilder sowie durch
5 Rassismus einzuschränken. Diesen Versuch der Einschränkung lassen wir nicht zu, sondern wollen
6 ihn gemeinsam bekämpfen. Der strukturellen Ausgrenzung von Minderheiten oder von Menschen,
7 deren Lebensentwurf nicht in das Weltbild dieser Bewegung passt, stellen wir uns entschieden
8 entgegen. Im Folgenden wollen wir den Antifeminismus von unterschiedlichen rechten
9 Gruppierungen betrachten, indem wir deren Geschlechterverständnis analysieren. Zudem wollen
10 wir die Rolle der Frauen* in rechten Strukturen untersuchen. Wir möchten daran eine linke Kritik
11 üben und Handlungsoptionen für unsere politische Arbeit entwickeln.

12 **Zu antifeministischen Tendenzen innerhalb der Rechten**

13 Zuerst wollen wir den Blick auf Gruppierungen richten, die offen Kritik an der Gleichstellung der
14 Geschlechter üben und damit antifeministische Positionen vertreten.

15 Innerhalb der neuen Rechten existieren verschiedene Organisationen, die ihre antifeministischen
16 Weltbilder offen präsentieren. Exemplarisch zeigt sich dies an der Gruppe der „Besorgten Eltern“,
17 welche, mit dem Vorwand der Sorge um die eigenen Kinder, gegen die Idee einer diversen
18 Gesellschaft und einen aufgeklärten Sexualkundeunterricht ankämpfen, sie verurteilen
19 Lebensentwürfe, die nicht in ihr konservatives Weltbild passen. Zu diesen Lebensentwürfen gehört
20 unter anderem das Leben in homosexuellen Partner*innenschaften oder die Berufstätigkeit von
21 Frauen*. Die „Besorgten Eltern“ stellen die Einbindung von diversen Formen der Sexualität und des
22 Zusammenlebens im Schulunterricht als eine angebliche Frühsexualisierung von Kindern bereits im
23 Grundschulalter dar. Die Organisator*innen appellieren mit einer solchen Verknüpfung an die
24 Angst und Sorgen von Eltern.

25 Dabei verwenden sie eine Sprache, die ihre Nähe zu neonazistischen oder neurechten
26 Bewegungen deutlich macht. In ihrem Informationsmaterial nutzen sie aus Kreisen von Pegida und
27 der AFD bekannten Begriffe wie „akademische Eliten“ und „Genderismus“.

28 Eine besondere Form des Antifeminismus finden wir auch bei der Partei „Alternative für
29 Deutschland“ selbst. Hier nimmt der Antifeminismus jedoch besonders erschreckende Züge an:
30 tradierte Geschlechter- und Rollenbilder werden mit rassistischen Thesen verknüpft.

31 Bereits im Grundsatzprogramm der AfD wird dies deutlich. Es finden sich Forderungen nach einem
32 Abtreibungsverbot, welches unter anderem mit der angeblichen „Überfremdung“ begründet wird.
33 Durch die Kombination aus Zuwanderung und abnehmender Geburtenzahl würde die „deutsche
34 Bevölkerung“ reduziert. Einer auf einem Blutracht basierenden Vorstellung von Nationalität steht
35 unser Verständnis von der Konstruktion von Nationalstaaten entgegen. Die Objektivierung des
36 weiblichen Körpers durch die Zuschreibung einer einzigen gesellschaftlichen Funktion, der des
37 Kinderkriegens, widerspricht unserer Vorstellung der Gleichheit aller Menschen und ihres Rechts
38 auf ein selbstbestimmtes Leben.

39 Viele Forderungen der AfD ähneln zudem den Forderungen, die von den „Besorgten Eltern“
40 formuliert werden. Eines der wichtigsten Ziele der rechtspopulistischen Partei ist die Erhaltung
41 oder Wiederherstellung eines konservativen Familienbildes, welches ganz im Sinne des rechten
42 Weltbildes „Keimzelle der Gesellschaft“ sein soll. Das Grundsatzprogramm der AfD überhebt dabei
43 die heterosexuellen Partner*innenschaft gegenüber homosexuellen Partner*innenschaften und
44 verurteilt und verunglimpft LGBTTIQ.

45 Eine weitere Gruppierung, die sich mit antifeministischen Äußerungen hervortut, sind die
46 sogenannten „Maskulinisten“. Die selbsternannten Kämpfer für die Männerrechte sind in ihren
47 Forderungen reaktionär und sie verkennen, dass es immer noch eine strukturelle Diskriminierung
48 von Frauen* gibt und Machtstrukturen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen männlich
49 dominiert sind. Sie zeigen sich darüber hinaus auch offen als Frauen*feinde, die keinen Hehl aus
50 ihren menschenverachtenden Ansichten machen. Sie betrachten Frauen* ausschließlich als
51 Sexualobjekte und stellen offen Forderungen, Frauen* dementsprechend diskriminierend zu
52 behandeln.

53 Antifeministische Tendenzen und Haltungen wie die zuvor beschriebenen sind nichts Neues.
54 Jedoch erleben wir aktuell mit dem Vordringen und dem Lauterwerden rechter und
55 rechtspopulistischer Tendenzen auch das Erstarken des Antifeminismus und die vermehrte
56 Infragestellung gleichstellungspolitischer Forderungen. Gleichzeitig wird damit ein Bindeglied
57 zwischen verschiedenen Akteur*innen der rechten Szene geschaffen. Dies wird auch anhand vieler
58 personaler Überschneidungen und Verbindungen deutlich. Der Appell an konservative und
59 traditionelle Wertvorstellungen bildet somit oftmals einen ersten Anknüpfungspunkt an rechtes
60 und reaktionäres Gedankengut.

61 Wir verurteilen diese Form des Sexismus und die Einschränkung von Menschen durch das
62 heteronormative Menschenbild (eine Weltsicht, die Heterosexualität als soziale Norm geltend
63 macht), welches diese Gruppen propagieren. Wir wollen weiterhin die Versuche der
64 Rechtspopulist*innen, die Freiheiten insbesondere von Frauen* einzuschränken, öffentlich

65 machen. Den darin enthaltenen Sexismus und das reaktionäre Geschlechterverständnis werden
66 wir dabei immer wieder benennen.

67 Für uns ist klar: Die Gleichstellung der Geschlechter in Frage zu stellen, ist eine
68 menschenverachtende und mit unserer Vorstellung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen
69 unvereinbare Haltung. Wir fordern die gleichen Rechte, Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten
70 für alle Menschen.

71 **Die rassistische Instrumentalisierung von Frauen*rechten**

72 Doch nicht nur in ihren klar antifeministischen Tendenzen und ihrem antiquierten Frauen*bild
73 stehen die AfD und andere rechte und rechtspopulistische Gruppierungen in einem großen
74 Widerspruch zu unserer Vorstellung von Gleichstellung.

75 Gerade im Rahmen der öffentlichen Debatte über die Themen Flucht und Migration sowie im
76 Zusammenhang mit dem Islam bedient sich die neue Rechte häufig der Frauen*rechte. Sehr
77 deutlich gezeigt hat sich dies im letzten Jahr im Nachhall der Ereignisse in der Silvesternacht in
78 Köln. Die Empörung über die sexualisierte Gewalt an Frauen* wurde instrumentalisiert für
79 Rassismus und Stimmungsmache gegen geflüchtete Männer. In diesem Zusammenhang werden
80 die Taten Einzelner auf „den Islam“ oder „die Muslime“ im Ganzen bezogen und damit als ein
81 Grund für die Unmöglichkeit der Inklusion in die Gesellschaft stilisiert. Gleichsam wird auf diese
82 Weise das Thema der sexualisierten Gewalt und des gesellschaftlichen Sexismus allein auf
83 zugewanderte Menschen und andere Kulturen projiziert. Damit werden die
84 gesamtgesellschaftliche Bedeutung und das Ausmaß von sexualisierter Gewalt gegen Frauen*
85 sowie Diskriminierung verharmlost bzw. verkannt und die Verantwortung aller verneint. So wird
86 auch propagiert, dass eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in der Bundesrepublik
87 bereits erreicht sei. Diese Instrumentalisierung zeigt zudem, dass es rechten Kräften eben nicht um
88 feministische Inhalte, sondern vielmehr um rassistische Hetze geht. Die vermeintlich feministische
89 Haltung wird häufig nur so lange gewahrt, wie sie als Abgrenzungsmoment zum „Fremden“ und
90 zur Ausgrenzung von etwa Geflüchteten dient. Abseits davon ist die Bekämpfung von sexualisierter
91 Gewalt und Sexismus kein großes Thema innerhalb der Rechten.

92 Dieses Argumentationsmuster zeigt sich nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen der
93 Kölner Silvesternacht, sondern auch darüber hinaus. Und immer wieder sind es die Rechten und
94 Rechtspopulist*innen, die „die deutschen Frauen“ vor den Geflüchteten, vor den muslimischen
95 Männern schützen wollen. Darin zeigt sich neben dem Rassismus auch erneut eine fragwürdige
96 Vorstellung von Gleichstellung, in der Frauen von Männern vor Männern beschützt werden sollen.

97 Letztendlich wird auf diese Weise das Thema der sexualisierten Gewalt als Mittel zum Zweck
98 benutzt und genauso werden die Opfer sexualisierter Gewalt und Frauen* allgemein in dieser
99 Debatte von den Rechten zu Objekten gemacht.

100 Wir werden nicht zulassen, dass die Opfer sexualisierter Gewalt und vermeintlich feministische
101 Inhalte für Rassismus und Hetze ausgenutzt werden. Diese Argumentationsstrategien müssen wir
102 aufdecken und den darin immanenten Rassismus als solchen benennen.

103 Dem Feminismus von rechts werden wir eine emanzipatorische und aufgeklärte Debatte über den
104 gesellschaftlichen Sexismus und sexualisierte Gewalt entgegensetzen.

105 **Frauen* in der rechten Szene und Feminismus „von rechts“**

106 Angesichts dieser antifeministischen Inhalte der neurechten und rechtspopulistischen Bewegungen
107 erscheint es zunächst befremdlich, dass zum Beispiel mit Marie le Pen und Frauke Petry Frauen* an
108 der Spitze eben dieser Bewegungen stehen. In dieser Auffassung zeigt sich, dass rechte Positionen
109 in unserer Gesellschaft nach wie vor männlich konnotiert sind. Dies hängt auch damit zusammen,
110 dass die rechten Ideologieangebote wie Herrschaft und Stärke eher denjenigen Verhaltensweisen
111 entsprechen, die in unserer Gesellschaft mit männlichem Verhalten verbunden und
112 dementsprechend auch Teil von geschlechtsspezifischer Sozialisation sind. So zeigt sich auch
113 regelmäßig in Studien zu rechten Einstellungen, dass Frauen* nur dem Punkt der Gewaltakzeptanz
114 weniger zustimmen, jedoch zum Beispiel rassistischen oder islamophoben Einstellungen
115 gleichermaßen wie Männer* zustimmen. Frau* sein und rechts sein, schließen sich nicht aus. Zwar
116 stellen sie immer noch den kleineren Anteil in der rechten Szene dar, doch die Anzahl der Frauen*
117 wächst. Derzeit sind beispielsweise mehr als 20 Prozent der Mitglieder der NPD weiblich*, in der
118 AfD sind es knapp 16 Prozent.

119 Gerade mit der steigenden Sichtbarmachung von Frauen* in der Rechten kommt es zu
120 Widersprüchen zwischen der inhaltlichen Aufstellung und der äußeren Wahrnehmung rechter
121 Parteien/Gruppen. In strategischer Hinsicht ermöglicht dies rechten Gruppen, den Kreis der
122 potentiellen Wähler*innen und Anhänger*innen zu erweitern und das eigene Image zu
123 modernisieren.

124 Auch innerhalb der Rechten sind Frauen* organisiert, etwa mit dem „Ring Nationaler Frauen“ oder
125 der „Gemeinschaft deutscher Frauen“. Im Unterschied zu dem generell reaktionären
126 Geschlechterbild in der Rechten finden sich auch davon abweichende Stimmen. Zum Teil
127 formulieren Frauen* in der Rechten auch einen feministischen Anspruch für sich. So veröffentlichte
128 etwa der „Mädelring Thüringen“ einen Text, in dem ein anderes Frauenbild und ein nationaler
129 Feminismus gefordert wurde. Zumeist wird aber weiterhin einer Ungleichheit der Geschlechter
130 angenommen. Und die geforderte Gleichberechtigung bezieht sich zuletzt immer nur auf die
131 „deutsche Volksgemeinschaft“ oder die „weiße Rasse“.

132 Damit stehen etwaige feministische Tendenzen innerhalb der Rechten in einem krassen
133 Widerspruch zu unserem Verständnis von Feminismus. Grundlage unseres Feminismus ist immer
134 die Gleichheit aller Menschen, die Verfolgung eines intersektionalen Ansatzes und zudem auch das

135 Hinterfragen und die Dekonstruktion von Heteronormativität und das Aufbrechen der binären
136 Geschlechterordnung.

137 Wir müssen deutlich machen, dass Feminismus „von rechts“ keine Alternative ist, weil er in seiner
138 nationalen und völkischen Ausrichtung menschenverachtend ist. Darüber hinaus braucht es eine
139 vermehrte (wissenschaftliche) Auseinandersetzung mit Frauen* in der Rechten, sexismuskritischen
140 Nationalismus und den Einstellungen von Frauen* gegenüber rechtem Gedankengut. Daneben
141 müssen die expliziten Angebote für Aussteigerinnen* aus der rechten Szene verbessert und dabei
142 auf die speziellen Schwierigkeiten, denen Frauen* beim Ausstieg ausgesetzt sind angepasst
143 werden. Die bestehenden Angebote müssen weiter gefördert und ausgebaut werden.

144 **Bei uns gehen Feminismus und Antifaschismus Hand in Hand!**

145 In unserem Anspruch als antifaschistischer und feministischer Richtungsverband werden wir uns
146 antifeministischen und rassistischen Tendenzen weiterhin konsequent entgegenstellen. Der
147 Rückbesinnung auf reaktionäre Geschlechterstereotype müssen wir mit einem aufgeklärten und
148 progressiven Feminismus begegnen. Wir lassen nicht zu, dass feministische Ideale für rassistische
149 Gedanken instrumentalisiert werden. Unser Feminismus ist antifaschistisch!

A3 Rechte trans- und intersexueller Menschen stärken

- 1 Der Reformbedarf zur Verbesserung der Rechte trans- und intersexueller Menschen ist groß. Als
2 transsexuell werden Menschen bezeichnet, bei denen das gefühlte Geschlecht nicht mit dem
3 körperlichen Geschlecht übereinstimmt. Intersexuell sind Menschen, die anhand ihrer
4 Geschlechtsmerkmale nicht eindeutig dem männlichen oder dem weiblichen Geschlecht
5 zugeordnet werden können.
- 6 Intersexuell geborene Menschen werden oft schon im Säuglingsalter operiert, um eine eindeutige
7 Geschlechtszuordnung herbeizuführen. Welches Geschlecht gewählt wird, bestimmen die Eltern.
8 Erst in der Kindheit prägt sich das Verständnis des Kindes über das eigene gefühlte Geschlecht aus.
9 Stimmt dies nicht mit dem körperlichen Geschlecht überein, führt dies zu einem enormen
10 psychischen Druck. Dieser wird dadurch verstärkt, dass die Eltern, die das Geschlecht des Kindes
11 bestimmt haben, häufig auf die Erfüllung des jeweiligen Rollenbildes drängen.
- 12 Eine ähnliche Entwicklung erleben transsexuelle Menschen. Sie unterliegen ebenfalls oft seit der
13 Kindheit dem Anpassungsdruck an ein Rollenbild, dem nur ihr biologisches, nicht aber ihr gefühltes
14 Geschlecht entspricht.
- 15 Um eine Anpassung an das gefühlte Geschlecht zu erreichen, gibt es mehrere Möglichkeiten. Zum
16 einen kann auf medizinischer Ebene eine Hormonbehandlung und/oder eine
17 geschlechtsangleichende Operation erfolgen. Die medizinische Behandlung wird jedoch nicht
18 immer von den Krankenkassen bezahlt. Die Diagnose Transsexualität, die noch immer als
19 psychische Krankheit gilt (Allerdings plant die Weltgesundheitsorganisation Transsexualität ab 2017
20 nicht mehr als psychische Krankheit zu klassifizieren. Der Europarat hat schon 2015 eine Resolution
21 mit dieser Forderung verabschiedet), reicht für die Kostenübernahme nicht aus. Vielmehr muss ein
22 „besonderer Leidensdruck“ dargelegt werden, bei dem es auf eine Einzelfallentscheidung
23 ankommt.
- 24 Zudem muss der*die Transsexuelle einen sog. „Alltagstest“ durchlaufen. Er*sie soll sein Leben für
25 eine Dauer von sechs Monaten bis zu einem Jahr in dem gefühlten Geschlecht führen, bevor eine
26 Hormontherapie bzw. eine geschlechtsangleichende Operation bewilligt wird. Bezweckt ist der
27 Zugewinn an Lebensfreude durch Ausleben des gefühlten Geschlechts. In Wirklichkeit ist jedoch oft
28 genau das Gegenteil der Fall, da erniedrigende Reaktionen des Umfelds kaum vermieden werden
29 können. Der Alltagstest wird oft als Spießrutenlauf empfunden, da in diesem Zeitraum noch keine
30 angleichenden Behandlungen durchgeführt werden. Die Erfahrung, in einem anderen Geschlecht

31 zu leben, lässt sich nicht für alle dadurch konstruieren, dass man entsprechende Kleidung trägt
32 und/oder darauf besteht, mit einem anderen Namen angesprochen zu werden, solange keine
33 gleichzeitige medizinische Behandlung erfolgt. Anders als der Alltagstest macht hingegen eine
34 psychologische bzw. psychiatrische Betreuung während des Angleichungsprozesses Sinn.

35 Auf juristischer Ebene kann eine Änderung des Vornamens und/oder die Änderung des
36 Personenstandes beantragt werden. Beides regelt das Transsexuellengesetz aus dem Jahre 1980,
37 von welchem jedoch kaum noch Normen übrig sind, die noch nicht vom Bundesverfassungsgericht
38 für verfassungswidrig erklärt wurden. Für die juristischen Maßnahmen sind zwei Gutachten
39 erforderlich, welche die antragsstellende Person selber zahlen muss. Jedes dieser Gutachten kostet
40 1.000-1.500 Euro. Zwar gibt es die Möglichkeit der Prozesskostenhilfe, diese kriegt jedoch nicht
41 jede Person bewilligt.

42 Außerdem muss zwischen den einzelnen Gutachten ein erheblicher Zeitabstand liegen, da die
43 Dauerhaftigkeit der Transsexualität festgestellt werden soll; eine Feststellung, die in der Regel
44 schon der behandelnde Arzt zuvor getroffen hat, als er die Diagnose Transsexualität stellte. Dessen
45 Diagnose ersetzt jedoch nicht die Einholung der Gutachten. Für die transsexuelle Person stellt sich
46 diese Voraussetzung daher als unnötige Verzögerung dar.

47 Nach unserem Verständnis kommt es nicht darauf an, welchem biologischen Geschlecht eine
48 Person zumeist zufällig, zum Teil jedoch auch nach Wunsch der Eltern, zugewiesen wird. Wir
49 stehen ein für die Überwindung von stereotypen Geschlechterrollen sowie des binären
50 Verständnisses von Geschlechtlichkeit. Dazu gehört, dass wir jede Person so akzeptieren, wie sie
51 sich selbst identifiziert. Deshalb fordern wir:

- 1.) Das Transsexuellengesetz muss aufgehoben und durch eine Neuregelung ersetzt werden, die der Menschenwürde der trans- und intersexuellen Menschen gerecht wird. Dabei muss beachtet werden, dass für die Änderungen von Vornamen und Personenstand ausschließlich jenes Geschlecht maßgeblich sein darf, mit dem sich die Person identifiziert.
- 2.) Nachdem ein Arzt Transsexualität festgestellt hat, bedarf es nicht mehr zwei weiterer gerichtlicher Gutachten.
- 3.) Sowohl die medizinische als auch die juristische Geschlechtsangleichung müssen in jedem Fall kostenfrei sein.
- 4.) Geschlechtsangleichende Operationen dürfen nur bei wirksamer Einwilligung der Person erfolgen, an welcher diese durchgeführt werden. Säuglinge verfügen noch über keinen rechtlich relevanten Willen, sodass geschlechtsangleichende Operationen in dem Alter stets unzulässig sind.
- 5.) Transsexualität ist keine Krankheit, sondern eine Ausprägung der geschlechtlichen Identität. Deswegen begrüßen wir die Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation Transsexualität von der Liste der psychischen Krankheiten streichen zu wollen. Trotzdem müssen die Krankenkassen weiterhin für die notwendigen Behandlungen aufkommen.

A4 Gute Bildung für alle – von Anfang an!

1 Bildung ist zum einen Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft, zum anderen ist
2 Bildung für jede einzelne Person Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an
3 der Gesellschaft. Wir fordern Chancengleichheit und ein gerechtes Bildungssystem. Dafür müssen
4 alle Bildungsbereiche mitgedacht werden. Selektion und unterschiedliche Bildungschancen
5 beginnen schon in der frühesten Kindheit und manifestieren sich dann im weiteren Bildungsweg.
6 Nur wenn wir Selektion von Anfang an bekämpfen und allen die gleiche Teilhabe ermöglichen,
7 können wir Bildungsgerechtigkeit verwirklichen.

8 *Kita für alle!*

9 Bei der frühkindlichen Bildung wird der Grundstein für den weiteren Bildungsweg gelegt. Unser
10 Ziel muss sein, dass alle Kinder möglichst früh gemeinsam lernen. Nur so können die
11 unterschiedlichen Startbedingungen ausgeglichen werden. Dabei wollen wir aber nicht außer Acht
12 lassen, dass die Kindheit ein besonders schützenswerter Lebensabschnitt ist. Kinder dürfen nicht
13 schon in jungen Jahren unter Leistungsdruck gesetzt werden. Neben dem Anspruch, dass Kinder
14 früh mit dem Lernen beginnen sollen, wollen wir uns auch für ihre Freizeit einsetzen.

15 Dafür braucht es zunächst einmal ausreichend Kita-Plätze. Die Kapazitäten müssen flächendeckend
16 so ausgebaut werden, dass für alle Kinder in den unterschiedlichen Altersstufen Plätze zur
17 Verfügung stehen. Es braucht einen Rechtsanspruch auch auf einen U3-Kitaplatz. Dieser Ausbau
18 muss schnellstmöglich vorangetrieben werden. Wenn konservative Kräfte stattdessen probieren,
19 mit Maßnahmen wie etwa dem Betreuungsgeld Anreize dafür zu schaffen, dass Kinder keine Kita
20 besuchen, so müssen wir uns diesen Tendenzen klar entgegenstellen. Keine Kita zu besuchen und
21 stattdessen zuhause zu bleiben, schadet nämlich vor allem denjenigen Kindern, die in ihrer
22 Umgebung nicht gefördert werden und die ansonsten keinen so guten Zugang zu Bildung haben.
23 Dazu trägt es zur Selektion der Kinder bei. Wir wollen, dass schon in der frühkindlichen Bildung
24 eine Durchmischung der unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus stattfindet. Nur so
25 haben alle Kinder die gleichen Bildungschancen, und nur so ist auch eine solidarische Gesellschaft
26 möglich.

27 Wenn Kinder eingeschult werden, wird ihr Bildungsweg insbesondere davon beeinflusst, welche
28 kognitiven und sozialen Fähigkeiten sie bis dahin schon erlernt haben. Diese werden vor allem in
29 der Kita vermittelt. Wenn Kinder in die Schule mit ganz unterschiedlichen Fähigkeiten starten, ist
30 gemeinsames Lernen und ein Ausgleich der unterschiedlichen Startbedingungen äußerst schwierig.
31 Vor allem ist dies nicht möglich in einem System, in dem die Kinder schon nach wenigen Jahren
32 wieder getrennt und im dreigliedrigen Schulsystem auf die unterschiedlichen Schulformen

33 aufgeteilt werden. In unserem oftmals undurchlässigen Bildungssystem manifestieren sich die
34 unterschiedliche Herkunft der Kinder und unterschiedliche Startbedingungen in ungerecht
35 verteilten Chancen auf dem gesamten Bildungsweg. Gleiche Bildungschancen sind also nur dann
36 möglich, wenn Kinder die Schule mit möglichst gleichen Fähigkeiten starten. Um dies zu
37 gewährleisten, braucht es eine Kitapflicht für Kinder ab drei Jahren. In diesem Alter besuchen
38 ohnehin die allermeisten Kinder eine Kita, die Quote derer ist jedoch geringer bei Kindern aus
39 „bildungsfernen“ Haushalten. Die Kitapflicht kann also dazu beitragen, dass mehr Kinder und vor
40 allem mehr benachteiligte Kinder an der frühkindlichen Bildung teilhaben.

41 Nicht nur wenn es eine Kitapflicht gibt, sondern auch grundsätzlich, muss die Kita vollumfänglich
42 gebührenfrei sein. Wie im gesamten Bildungssystem fordern wir, dass die Kita über ein gerechtes
43 umverteilendes Steuersystem finanziert wird.

44 Die Kita bedeutet für Kinder frühkindliche Bildung, gleichzeitig haben Kitas aber auch die Funktion
45 der Betreuung. Kitas dienen also auch insbesondere dazu, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
46 beizutragen. Das erfordert selbstverständlich, dass sich Kitas an die unterschiedlichen Lebens- und
47 Erwerbssituationen anpassen. Zwar fordern wir grundsätzlich, dass das Erwerbsleben derart
48 gestaltet ist, dass es genügend Zeit und Freiräume etwa für Familie lässt, gerade im Status quo
49 braucht es aber flexible Betreuungsmöglichkeiten. Deswegen fordern wir einen Ausbau der
50 Öffnungszeiten von Kitas und Betreuungsmöglichkeiten etwa auch nachts und am Wochenende.
51 Langfristig braucht es Kindertagesstätten, die rund um die Uhr eine angemessene
52 Betreuungsmöglichkeit anbieten. Dies würde auch vor allem Frauen* zugutekommen, die immer
53 noch häufiger alleinerziehend sind oder Care-Berufe ausüben, bei denen die Arbeitszeiten
54 naturgemäß nicht jeden Tag um 17 Uhr enden. Insofern hat die Frage der Vereinbarkeit von Familie
55 und Beruf derzeit vor allem auch noch eine gleichstellungspolitische Komponente.

56 *Gute Infrastruktur schaffen!*

57 Gute Kitas brauchen auch eine gute Infrastruktur. Neben dem bereits geforderten Ausbau der
58 Kapazitäten müssen auch die schon vorhandenen Kitas modernisiert und saniert werden. Hierbei
59 müssen überall barrierefreie Konzepte umgesetzt und ökologische und nachhaltige Standards
60 eingehalten werden.

61 Die Kitas müssen dabei auch an die sich ändernden Ansprüche an Betreuung angepasst werden.
62 Das bedeutet, dass es unter anderem ausreichend Schlaf- und Rückzugsorte für die Kinder sowie
63 Räume für die Verpflegung geben muss. Verpflegung sollen die Kitas allen Kindern kostenlos zur
64 Verfügung stellen. Darüber hinaus sollen Kitas so ausgestattet sein, dass sie eine vielfältige
65 Entwicklung und Entfaltung der Kinder ermöglichen. So braucht es neben Literatur etwa auch
66 Musikinstrumente und Materialien und Räume für körperliche Aktivitäten. Vor allem sollen Kinder
67 sich ausprobieren können, spielen, sich entfalten und ihre Neugierde ausleben.

68 Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung müssen auch digitale Medien und Geräte
69 vorhanden sein, damit die Kinder schon in ihrem Alter Erfahrungen im Umgang mit diesen machen
70 können und von Anfang an zur Medienkompetenz erzogen werden. Dies erfordert natürlich auch

71 eine entsprechende Schulung der Erzieher*innen. Damit alle vom Angebot der Kitas profitieren
72 können, muss auch gewährleistet sein, dass sie für jede*n gut erreichbar ist. Dementsprechend
73 muss öffentliche Infrastruktur so geschaffen und ausgebaut werden, dass der Besuch der Kita nicht
74 schon am Anfahrtsweg scheitert.

75 *Kita der Vielfalt!*

76 In der Kita lernen die Kinder vor allem auch den sozialen Umgang miteinander. Das heißt auch,
77 dass schon hier ein wertschätzender und solidarischer Umgang stattfinden soll. Es muss gelingen,
78 dass Kinder schon in der Kita mit Vielfalt konfrontiert werden und sie zu offenen Menschen
79 erzogen werden.

80 Genau wie in allen anderen Bildungsinstitutionen ist Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe
81 aller Menschen, in der frühkindlichen Bildung zu verwirklichen. Dafür müssen Kitas barrierefrei
82 gestaltet sein. Dies gilt nicht nur für räumliche Aspekte, sondern insbesondere auch für Medien
83 und Spielutensilien. Zudem erfordert die Heterogenität der Gruppen auch mehr Erzieher*innen,
84 welche im Umgang mit Kindern mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Krankheiten
85 geschult sein müssen.

86 Vor allem auch geflüchtete Kinder sollen einen Zugang zu der frühkindlichen Bildung bekommen.
87 Sie sollen von Anfang an Plätze in den regulären Kitas bekommen und nicht etwa in eigenen Kitas
88 separiert werden. Um eine wirkliche Teilhabe an unserer Gesellschaft möglich zu machen, müssen
89 in den Kitas Sprachangebote für geflüchtete Kinder geschaffen werden.

90 In der Kita sollen Kinder ihre Persönlichkeit und ihre Identität frei entdecken und ausleben können.
91 Dafür muss sich schon in der Kita gegen die Etablierung von Geschlechterstereotypen und
92 Heteronormativität eingesetzt werden. Alle Kinder sollen gleichbehandelt werden, unabhängig
93 vom Geschlecht. Darüber hinaus sollen Kinder in der frühkindlichen Bildung auch schon mit
94 unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Genderidentitäten in Berührung kommen. Ziel ist
95 dabei die Aufklärung über die Vielfalt von Menschen und die Schaffung von Akzeptanz.

96 Damit Kinder zu mündigen Bürger*innen werden können, braucht es schon für Kinder
97 Möglichkeiten der Mitbestimmung. Deswegen soll es auch schon in der Kita demokratische
98 Prozesse geben, durch die die Kinder partizipieren und die Kita bzw. den Alltag in der Kita
99 mitgestalten können.

100 Zudem sollen die Kinder in den Kitas auch an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können. So
101 sind etwa Kooperationen mit örtlichen Kultureinrichtungen zu fördern, überdies soll ein Austausch
102 auch mit anderen Bildungsinstitutionen und gesellschaftlichen Gruppen stattfinden.

103 *Gute Arbeit in den Kitas!*

104 Die Bedeutung der Kita für eine demokratische, solidarische Gesellschaft und für
105 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit steht in einem eklatanten Widerspruch zu den
106 derzeitigen Beschäftigungsbedingungen von Erzieher*innen. Es mangelt sowohl an Wertschätzung
107 als auch an fairer Beschäftigung. Erzieher*innen müssen endlich angemessen bezahlt werden! Da

108 momentan die meisten Kita-Beschäftigten Frauen* sind, manifestieren sich durch die niedrige
109 Bezahlung zudem Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen*. Unser Bildungsideal kann
110 nur verwirklicht werden, wenn der Beruf der*des Erzieher*in attraktiv ist. Neben der
111 angemessenen Bezahlung bedeutet dies auch gute Beschäftigungsbedingungen sowie gute
112 Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die den neuen Anforderungen in der
113 frühkindlichen Bildung gerecht werden. Nur wenn das gelingt, können auch wieder mehr und
114 ausreichend Menschen für das Berufsfeld gewonnen werden und nur so kann auch Diversität
115 innerhalb der Erzieher*innen erreicht werden.

116 Gerechte und gute Bildung beginnt in der Kita, deswegen kämpfen wir für eine progressive
117 frühkindliche Bildung!

A5 Gute Arbeit an den Hochschulen!

1 Die Hochschulen sind einer der zentralen Orte, an dem Menschen sich bilden und an welchem
2 Forschung und Lehre stattfinden. Aber neben der Funktion als Bildungseinrichtung stellen
3 Hochschulen auch für unzählige Menschen ihren Beschäftigungsort dar. Und wie in vielen
4 Bildungsbereichen sind auch an den Hochschulen die Beschäftigungsbedingungen vielfach und für
5 viele Menschen nicht gut bis prekär. Diese Situation ist für uns nicht hinnehmbar. Wir fordern gute
6 Beschäftigungsverhältnisse für alle Menschen. Solange dies nicht der Fall ist, leidet an den
7 Hochschulen darunter auch die Qualität von Forschung und Lehre. Gute und insbesondere
8 kritische Forschung und Lehre sowie eine solidarische und offene Hochschullandschaft sind nicht
9 möglich, wenn die Beschäftigten ausgebeutet werden, keine Perspektiven haben und schlechten
10 Beschäftigungsbedingungen ausgesetzt sind. Wir wollen, dass sich das ändert. Deswegen setzen
11 wir uns für gute Arbeit an den Hochschulen ein. Beschäftigung an den Hochschulen ist auch vor
12 allem eins – vielfältig. Viele Menschen sind an den Hochschulen in ganz unterschiedlichen
13 Bereichen und Funktionen angestellt. Dementsprechend ist es schwierig, umfassend auf all diese
14 Beschäftigungsbereiche und die jeweiligen aktuellen Verhältnisse einzugehen, stattdessen soll in
15 diesem Antrag auf einige Gruppen exemplarisch eingegangen werden. Selbstverständlich fordern
16 wir gute Arbeit aber für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse.

17 **Studentische Mitarbeiter*innen**

18 Ohne studentische Mitarbeiter*innen wäre an den Instituten und Lehrstühlen ein regulärer Lehr-
19 und Forschungsbetrieb kaum denkbar. Sie tragen einen großen Teil der Arbeit, die an den
20 Hochschulen geleistet wird. Zudem sind gerade diese Stellen äußerst beliebt. Sie gelten unter
21 Studierenden meist als Vorteil für Studium und Laufbahn, als gute Gelegenheit Einblick in die
22 wissenschaftliche Praxis zu erhalten und sich tiefergehend mit Forschungsbereichen
23 auseinanderzusetzen.

24 Dabei sind die Arbeitsbedingungen studentischer Mitarbeiter*innen oftmals prekär. Ansprüche auf
25 Urlaub oder Lohnfortzahlung bei Krankheit werden nicht nur häufig unterwandert, zur großen
26 Mehrheit besitzen die Studierenden nicht einmal Kenntnis von ihnen. Oftmals werden
27 Überstunden gemacht und ihnen Aufgaben übertragen, die über den vereinbarten Arbeitsbereich
28 hinausgehen. Die Anstellung ist in der großen Mehrheit befristet und bietet den Studierenden
29 keine langfristige Perspektiven für die Finanzierung ihres Studiums.

30 Dass es sich hierbei um ein Arbeitsverhältnis handelt, aus dem Rechte für die angestellten
31 Studierenden folgen, wird oftmals vergessen. Diese müssen über ihre Rechte aufgeklärt und dafür
32 sensibilisiert werden, dass es sich dabei um Arbeitsbedingungen handelt, die sie so nicht
33 hinnehmen müssen. Arbeitsverträge für studentische Mitarbeiter*innen sollten außerdem eine

34 Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren haben. Ausnahmen hiervon darf es nur in begründeten
35 Einzelfällen mit Zustimmung des Personalrats geben. Des Weiteren müssen studentische
36 Mitarbeiter*innen in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) aufgenommen
37 werden.

38 Doch selbst wenn die jeweilige studentische Hilfskraft sich gegen derartige Verhältnisse zur Wehr
39 setzen will, stellt die Abhängigkeit gegenüber der*des vorgesetzten Lehrenden hierbei ein großes
40 Hindernis dar. Die Aussicht bei diesem*dieser in Zukunft noch Klausuren und Hausarbeiten zu
41 schreiben und die meist große Anzahl von Interessent*innen an den Stellen als Hilfskraft, machen
42 eine Auseinandersetzung mit dem*der Vorgesetzten kaum möglich. Es mangelt den studentischen
43 Beschäftigten an Mitbestimmungsmöglichkeiten und einer durchsetzungsfähigen
44 Interessenvertretung mit entsprechenden Kompetenzen und starken organisatorischen Strukturen,
45 die die verschiedenen Fachbereiche vernetzt. Dem muss entgegengewirkt werden. Studentische
46 Mitarbeiter*innen müssen endlich wirksam durch die Personalräte der Hochschulen vertreten
47 werden. Dafür müssen einerseits die Gewerkschaften und Personalräte für die Belange der
48 studentischen Beschäftigten sensibilisiert werden. Die Gewerkschaften müssen ihrer
49 Verantwortung in diesem Bereich endlich gerecht werden. Zugleich müssen sich jedoch auch die
50 studentischen Mitarbeiter*innen stärker als bisher in den Gewerkschaften einbringen.
51 Andererseits müssen die Personalräte das Recht zur Vertretung bekommen und wirksam ausüben.

52 **Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen**

53 Wissenschaftliche Angestellte sind häufig einer sehr prekären Beschäftigung ausgesetzt.
54 Unabhängig von der genauen beruflichen Phase stellen insbesondere die Befristungen in der
55 Wissenschaft ein großes Problem dar. Viele aufeinanderfolgende sehr kurze befristete
56 Arbeitsverträge über mehrere Jahre hinweg sind keine Seltenheit, sondern die Regel. In letzter Zeit
57 verschärft sich diese Situation. Rechtlich möglich ist diese Praxis vor allem aufgrund des
58 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Das WissZeitVG regelt Befristungen an den
59 Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Mit der Einführung des WissZeitVG in 2007 ist die
60 Häufigkeiten von Befristungen enorm gestiegen. Zwar ist es 2016 auch infolge großen politischen
61 Drucks zu einer Novellierung des Gesetzes gekommen, doch auch in der neuen Fassung ermöglicht
62 es noch weitreichende Befristungen und damit prekäre Beschäftigung. Bei Drittmittelprojekten
63 müssen beispielsweise die Kurzverträge in ihrer Dauer mindestens der Laufzeit des jeweiligen
64 Forschungsprojekts entsprechen. Solange aber (teilweise auf sehr kurze Dauer angelegte)
65 Drittmittelprojekte einen großen Teil der Finanzierung der Forschung ausmachen, stellt dies keine
66 wahrhaftige Verbesserung des Systems dar. Für gute und sichere Beschäftigungsverhältnisse
67 braucht es im wissenschaftlichen Bereich eine Mindestanstellungsdauer. Daneben braucht es für
68 Daueraufgaben auch Dauerstellen.

69 Darüber hinaus werden arbeitsrechtliche Standards, wie Urlaubsansprüche oder die Rechte im
70 Krankheitsfall, an den Hochschulen oftmals nicht eingehalten. Die wissenschaftlichen
71 Mitarbeiter*innen arbeiten zudem häufig mehr, als sie es eigentlich müssten. Dieser Zustand wird

72 dadurch begünstigt, dass sich viele wissenschaftliche Mitarbeiter*innen qualifizieren (z. B. mit
73 einer Promotion) und der*die Arbeitgeber*in gleichzeitig diejenige Person ist, die die
74 wissenschaftlichen Leistungen bewertet. Durch diese doppelte Abhängigkeit werden Beschäftigte
75 daran gehindert, ihre Rechte anzusprechen und durchzusetzen. Das Wissenschaftliches Personal ist
76 damit häufig überarbeitet und kann nicht genug Zeit für die eigene Qualifikation aufwenden, was
77 durch die eng befristeten Verträge verschärft wird.

78 Auch die Vereinbarkeit des wissenschaftlichen Arbeitens mit Care-Aufgaben (z. B. Kinderbetreuung
79 oder Pflege) ist vielfach noch sehr schwierig, da sich die Hochschulen nicht ausreichend auf die
80 unterschiedlichen Lebenssituationen der Beschäftigten einstellen.

81 Diese äußeren Bedingungen beeinflussen auch die wissenschaftliche Arbeit. Kritischer Forschung
82 und Lehre sowie wahrhaftiger Entfaltung sind durch die vielen Abhängigkeiten, die schlechten
83 Bedingungen und die mangelnden Perspektiven Grenzen gesetzt.

84 All diesen prekären Bedingungen müssen sich junge Wissenschaftler*innen gezwungenermaßen
85 aussetzen, wenn sie eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Dabei schaffen es die wenigsten
86 nach den jahrelangen Befristungen eine der wenigen unbefristeten Professuren zu ergattern. Gute
87 Arbeit braucht gute Perspektiven für junge Wissenschaftler*innen. Deswegen braucht es neben
88 der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen auch die Schaffung unbefristeter Stellen abseits
89 der Professur, wie dies in anderen Ländern zum Teil schon üblich ist.

90 **Lehrbeauftragte**

91 Besonders prekär ist auch die Situation der etwa 90 000 Lehrbeauftragten an den Hochschulen in
92 der Bundesrepublik. Dieses Beschäftigungsverhältnis wurde ursprünglich geschaffen, um Expertise
93 von außerhalb in die Hochschulen zu bringen. Was zunächst gut klingt, wird heute für einen nicht
94 unerheblichen Teil der regulären Lehre genutzt. Die Lehrbeauftragten sind dabei enorm schlechten
95 Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Zumeist sind sie auf Honorarbasis angestellt. Durch das
96 besondere öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis, was dadurch zwischen den Hochschulen und den
97 Lehrbeauftragten besteht, gelten arbeitsrechtliche Standards für Lehrbeauftragte nicht. Dies führt
98 unter anderem dazu, dass Lehrbeauftragte keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und keinen
99 bezahlten Erholungsurlaub erhalten, darüber hinaus beteiligen sich die Hochschulen nicht an der
100 Altersabsicherung, Kranken- und Pflegeversicherung. Dazu kommt noch eine sehr geringe
101 Vergütung, bei der der zeitliche Aufwand zum Beispiel für die Vor- und Nachbereitung der
102 Lehrveranstaltungen, Sprechstunden und das Korrigieren und Stellen von Klausuren nicht
103 berücksichtigt wird. Am Ende dieser Rechnung bleibt ein sehr geringes Honorar übrig, wodurch
104 Lehrbeauftragte auf parallele Lehraufträge angewiesen sind. Durch oftmals aufeinander folgende
105 auf ein Semester befristete Lehraufträge gleicht die Situation eng befristeten
106 Beschäftigungsverhältnissen. Meistens haben Lehrbeauftragte auch keine Personal- oder
107 Interessenvertretung.

108 Der eigentliche und ursprüngliche Gedanke, Lehraufträge an Externe zu vergeben, ist mittlerweile
109 völlig verfehlt. Anstatt Expert*innenwissen von außerhalb der Hochschule auch in diese

110 hineinzutragen, werden Lehrbeauftragte massenweise aufgrund eines Mangels an finanziellen
111 Mitteln eingesetzt.

112 Wir fordern, dass die Konstruktion der Lehrbeauftragten nicht länger für den regulären
113 Hochschulbetrieb missbraucht wird. Zur Erfüllung von dauerhaften Lehraufgaben müssen
114 dauerhafte Stellen mit angemessener Vergütung und sozialrechtlichen Standards vergeben
115 werden. Anstatt der vielen Lehraufträge müssen mehr unbefristete Stellen für Professor*innen und
116 Dozent*innen geschaffen werden. Aber auch, wenn in noch berechtigter Weise Lehraufträge an
117 Externe vergeben werden, müssen diese angemessen vergütet und unter guten Bedingungen
118 beschäftigt werden.

119 **Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung**

120 Einen großen Teil der Beschäftigten an den Hochschulen stellen die Mitarbeiter*innen in Technik
121 und Verwaltung dar. Auch hier schlägt sich die projekt- und drittmittelbezogene Finanzierung der
122 Hochschulen oftmals in Form von befristeten Verträgen nieder. Eine Verbesserung wurde hier
123 durch die Novellierung des WissZeitVG erreicht: Für diese Gruppe der Beschäftigten gilt zukünftig
124 das allgemeine Arbeitsrecht, wodurch die Arbeitnehmer*innen einen besseren Schutz vor
125 Befristungen genießen. Aber auch abseits davon gilt es die Situation der Mitarbeiter*innen in
126 Technik und Verwaltung noch an vielen Stellen zu verbessern. Vor allem muss ihre Arbeit besser
127 wertgeschätzt werden. Eine Hochschule und erfolgreichen Lernen und Forschen braucht eben
128 nicht nur Professor*innen, stattdessen sind ganz viele Menschen in unterschiedlichsten Bereichen
129 dafür verantwortlich, dass alles seinen Gang geht. Und diese Wertschätzung muss sich auch in
130 einer angemessenen Bezahlung widerspiegeln. Wir wollen uns mit den Mitarbeiter*innen in
131 Technik und Verwaltung solidarisieren und uns dafür einsetzen, dass sich ihre
132 Beschäftigungsbedingungen verbessern.

133 **Frauen* in der Wissenschaft**

134 Auch in den Beschäftigungsbereichen an der Hochschule manifestieren sich ungleiche
135 Geschlechterverhältnisse: Je höher die Besoldungsstufe, desto weniger Frauen* sind in ihr
136 anzutreffen. Beispielsweise sind bundesweit lediglich 23 % der Professuren von Frauen* besetzt
137 und gerade im Bereich der Leitungspositionen sind Frauen* unterrepräsentiert. Dies steht unserer
138 Vorstellung einer gleichgestellten Gesellschaft entgegen. Wir fordern die gleichen Teilhabechancen
139 für alle und eine Wissenschaft, die nicht länger von Männern dominiert wird.

140 Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen betrifft die defizitäre Vereinbarkeit von
141 wissenschaftlicher Karriere mit Reproduktionsarbeit und Care-Aufgaben in der Mehrheit Frauen*.
142 Die Anforderung zeitlicher und örtlicher Flexibilität lassen sich mit Kindern oder der Pflege
143 Angehöriger schwerlich vereinbaren und insbesondere der Mangel an unbefristeten Stellen und
144 langfristigen Perspektiven wird hier zum schwerwiegenden Problem für viele Frauen*. Die zuvor
145 schon angedeuteten allgemeinen schlechten Arbeitsbedingungen für junge Wissenschaftler*innen
146 und insbesondere die Befristungen führen dazu, dass eine Karriere in der Wissenschaft die
147 Inkaufnahme dieser prekären Bedingungen über ein paar Jahre bedeutet. Diese schwierigen

148 Perspektiven und mangelnden Sicherheiten treffen vor allem Frauen* hart, da diese in unserer
149 Gesellschaft immer noch häufiger Care-Aufgaben übernehmen. Und das führt also auch dazu, dass
150 viele Frauen* diesen Weg nicht einschlagen. Für mehr Frauen* in die Wissenschaft zu streiten,
151 beinhaltet also immer auch die Forderung nach guter Arbeit an den Hochschulen.

152 Hinzu kommt die oftmals große Rolle männlich dominierter informeller Netzwerke und
153 Seilschaften bei Berufungen. Bedingt durch die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen* sind es
154 außerdem in der überwiegenden Mehrheit Männer, die Personalentscheidungen treffen und
155 zumeist wiederum Männer einstellen. Frauen* wird dabei häufig unterbewusst eine schlechtere
156 Leistungsbereitschaft zugeschrieben. Wissenschaftlerinnen* stellen immer noch eine Ausnahme
157 dar und müssen in einem männlich geprägten Umfeld immer wieder um Anerkennung und
158 Chancengleichheit kämpfen.

159 Wir fordern daher Mentoringprogramme und Karriereberatungsstellen für Frauen* auf dem
160 wissenschaftlichen Berufsweg. Des Weiteren muss unser Ziel eine Frauen*quote von mindestens
161 50 Prozent unter den Berufungen sein, um bestehende Chancenungleichheiten zu bekämpfen.
162 Familienzeiten dürfen Bewerber*innen unter keinen Umständen benachteiligen. Außerdem muss
163 der Einfluss von Frauen*beauftragten und Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. Auch
164 müssen insbesondere für Frauen*in allen Beschäftigungsbereichen mehr unbefristete Stellen mit
165 flexiblen Arbeitszeiten und eine verlässliche Kinderbetreuung an den Hochschulen geschaffen
166 werden.

167 **Gute Arbeit braucht gut finanzierte Hochschulen**

168 Prekäre Beschäftigung entsteht an den Hochschulen unter anderem durch die
169 wettbewerbsorientierte und projektbezogene Finanzierung der Hochschulen. Viele
170 wissenschaftliche Projekte sind von einer privaten Finanzierung abhängig. Für gute und dauerhafte
171 Beschäftigungsverhältnisse braucht es eine solide Ausfinanzierung der Hochschulen. Nur wenn
172 Mittel dauerhaft angelegt sind, können dauerhafte Stellen angelegt und finanziert werden. Hier gilt
173 auch: gute Hochschulen und gute Arbeit gibt's nicht für lau! Begrüßenswert ist in diesem
174 Zusammenhang, dass das Land seine Mittel für die Hochschulen verstetigt hat. Dies muss ebenso
175 für die Mittel des Bundes gelten. In den nächsten Jahren laufen viele der Finanzierungspakte des
176 Bundes für Hochschulen aus. Wir wollen uns dann für dauerhafte und gute Finanzierungsmodelle
177 stark machen.

178 **Fazit**

179 Menschen in der Wissenschaft sollen gute und sichere Perspektiven und eine Wertschätzung für
180 ihre Arbeit erfahren anstelle von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hier fordern wir einen
181 klaren politischen Willen, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. In Nordrhein-Westfalen
182 wurde mit dem mit den Hochschulen vereinbarte „Rahmenkodex Gute Arbeit“ schon ein guter
183 Schritt getan, jedoch ist die Einhaltung der Vereinbarung auf freiwilliger Basis und nicht
184 weitgehend genug. Als Jungsozialist*innen wollen wir Hochschulen realisieren, an denen

185 Geschlechtergerechtigkeit sowie faire und gute Arbeitsbedingungen herrschen. Wir fordern
186 deshalb:

- 187 • Die Schaffung von mehr unbefristeten Stellen in allen Bereichen der Hochschule.
- 188 • Sensibilisierung für schlechte Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitnehmer*innenrechte
189 an den Hochschulen.
- 190 • Eine angemessene Mindestanstellungsdauer im wissenschaftlichen Bereich.
- 191 • Die Förderung von Vereinbarkeit wissenschaftlichen Arbeitens mit Reproduktionsarbeit und
192 Pflege.
- 193 • Die Einführung von Tarifverträgen für studentische Mitarbeiter*innen.
- 194 • Die Einrichtung studentischer Personalräte.
- 195 • Eine Frauen*quote unter Berufungen von mindestens 50 Prozent.
- 196 • Mentoring- und Karriereberatungsprogramme für Frauen* auf dem wissenschaftlichen
197 Berufsweg.
- 198 • Dauerhaft ausfinanzierte Hochschulen.
- 199 • Grundsätzlich gute Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und eine angemessene
200 Entlohnung.

201 Für all diese Forderungen möchten wir mit unseren Bündnispartner*innen, insbesondere den
202 Gewerkschaften, streiten. Für gute Arbeit an den Hochschulen!

A6 „Dass Auschwitz nie wieder sei“ – Erinnerungskultur in der Schule

1 Die Kultusministerkonferenz der Länder legte 1997 einen Bericht zur „Auseinandersetzung mit dem
2 Holocaust in der Schule“¹ vor. Im Vorwort heißt es: „Der Bericht soll exemplarisch verdeutlichen,
3 daß in den Schulen aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Auseinandersetzung mit
4 dem Nationalsozialismus und die Erinnerung an den Holocaust wachgehalten werden“. Das erste
5 Kapitel, welches die Vermittlung von Wissen über den Holocaust in den Schulen Bayerns
6 thematisiert, beginnt mit einem Zitat aus dem Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist
7 unantastbar“. Die Verfasser*innen des Berichts sehen durch diese Zeile „mit Entschiedenheit einen
8 Schlußstrich unter die Praxis des Nationalsozialismus“gezogen. Die beiden Textpassagen stehen
9 symptomatisch für die deutsche Erinnerungs- und Gedenkpolitik, nicht nur an der Schule:
10 Einerseits wird kein Verbesserungsbedarf gesehen, da die Erinnerung an den Holocaust
11 wachgehalten würde. Andererseits wird der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine
12 „Stunde Null“ vorangestellt, sodass fortbestehende Strukturen aus der nationalsozialistischen
13 Gewalt- und Willkürherrschaft schnell mal unter den Teppich gekehrt werden, wenn, so suggeriert
14 der Bericht, mit Entschiedenheit ein Schlußstrich zwischen faschistischer Diktatur und Demokratie
15 gezogen ist. Diese Kritik ist sehr generell formuliert, weswegen eine detaillierte Betrachtung der
16 Gestaltung von Erinnerungs- und Gedenkprozessen an deutschen Schulen notwendig ist.
17 Außerdem müssen jungsozialistische Anforderungen an die Erinnerungskultur in der Schule
18 formuliert werden.

19 **Funktionen von Erinnern und Gedenken**

20 Erinnern und Gedenken in schulischen- und außerschulischen Kontexten haben zwei Funktionen:

21 1) Nach Adorno ist das einzige was wir den Ermordeten der Gaskammern, die um alles betrogen
22 worden sind, was ein menschliches Leben ausmacht, noch schenken können: das Gedächtnis.
23 Anders gesagt: Wir sind es den Opfern des Nationalsozialismus’ schuldig, dass wir sie in Erinnerung

1 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg): Zur
2 Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der Schule. Ein Beitrag zur Information von Länderseite. Bonn 1997.
3 Abrufbar im Internet. URL:
4 [http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1997/1997_00_00_Auseinandersetzung_m](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1997/1997_00_00_Auseinandersetzung_m_d_Holocaust.pdf)
5 [_d_Holocaust.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1997/1997_00_00_Auseinandersetzung_m_d_Holocaust.pdf). Stand: 19.12.2016.

24 behalten! Daraus folgt, dass Erinnern einen Selbstzweck hat. Wir erinnern, um des Erinnerns
25 willen.

26 2) Während der Schulzeit beginnen die Schüler*innen verstärkt damit, sich in der Welt zu verorten.
27 Dieser Akt der „Selbstvergewisserung“ ist die Grundlage, aus der sich gegenwärtiges und
28 zukünftiges Handeln ableitet. Es gilt, die Grundlagen demokratischen Zusammenlebens, wie unter
29 anderem Menschenrechte oder Empathie, zu vermitteln. Das ist nur möglich, wenn die
30 Schüler*innen ein Bewusstsein für die Zeit entwickeln, in der eben diese Werte nicht existierten
31 bzw. ins deutlichste Gegenteil verkehrt wurden. Als zweite Funktion kann Erinnern also dazu
32 beitragen, emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

33 **Erinnerungskultur in der Schule – Gegenwärtige Zustände**

34 2014 veröffentlichte die Kultusminister*innenkonferenz ein Dokument, das die Vorstellungen der
35 Konferenz über die Grundzüge der Erinnerungskultur an deutschen Schulen darlegt.² Wie der
36 programmatische Titel „Erinnern für die Zukunft“ andeutet, sei Aufgabe des Erinnerns, aus Fehlern
37 der Vergangenheit zu lernen und demokratische Handlungsmuster zu generieren. Diesem Ziel kann
38 nicht widersprochen werden. Problematisch ist allerdings, wie sich die Bildungsminister*innen den
39 Gegenständen des Erinnerns nähern. Auch bei gründlichster Suche tauchen die Worte *Shoah* oder
40 *Holocaust* in diesem Dokument nicht ein einziges Mal auf. Vielmehr wird Gedenken
41 verallgemeinert: Anstatt Erinnerungsprozesse in deutschen Kontexten an erster Stelle mit den
42 Verbrechen der Nationalsozialist*innen zu verknüpfen, werden diese mit anderen Genoziden
43 gleichgesetzt. An dieser Stelle muss betont werden: Natürlich sollen auch andere Akte der Barbarei
44 außer der Shoah bzw. dem Holocaust Platz im Unterricht haben und ebenfalls soll den Menschen,
45 die durch diese Leid erfahren haben, gedacht werden. Die Shoah bzw. der Holocaust ist jedoch ein
46 singuläres Verbrechen und die schlimmste Form der Barbarei der Menschheitsgeschichte. Durch
47 dieselben Maßstäbe des Gedenkens für die Shoah bzw. den Holocaust und andere Genozide wird
48 diese Singularität in Zweifel gezogen und im zweiten Schritt Schuld relativiert, auch, wenn dies
49 nicht die Absicht der Kultusminister*innenkonferenz gewesen sein mag.

50 Ein Blick in die Lehrpläne der einzelnen Bundesländer, hier exemplarisch Nordrhein-Westfalen,
51 bringt mehrere Erkenntnisse. Das Thema „NS-Regime und Holocaust“ ist durchaus präsent in den
52 Schulen und wird insbesondere in Geschichte, aber auch fächerübergreifend behandelt. Aber
53 leider zwingen Zeitdruck und Prüfungsstress die Lehrer*innen dazu, die einzelnen Themen schnell
54 zu behandeln, was sich auch im Lehrplan widerspiegelt. Die Auseinandersetzung mit der Shoah
55 bzw. dem Holocaust erfolgt im Schnelldurchlauf in einer Reihe mit der 'Machtergreifung', dem

6 ²Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg):
7 Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der
8 Schule. Berlin 2014. Abrufbar im Internet. URL:
9 [http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2014/2014-12-11-](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2014/2014-12-11-Empfehlung_Erinnern_fuer_die_Zukunft.pdf)
10 [Empfehlung_Erinnern_fuer_die_Zukunft.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2014/2014-12-11-Empfehlung_Erinnern_fuer_die_Zukunft.pdf). Stand: 21.12.2016.

56 Überfall auf Polen und dem Kriegsende. Unter solchen Bedingungen kann kein richtiges Gedenken
57 stattfinden, denn die Schüler*innen werden nur unzureichend informiert. Gegenwärtig besteht
58 kaum Gelegenheit für Zeitzeug*innengespräche, Gedenkstättenbesuche oder das Individuelle
59 Gedenken der Schüler*innen.

60 In den Anforderungen an gelungen Politikunterricht, wie sie etwa von Fachdidaktiker*innen
61 aufgestellt werden, heißt es stets, dass die Lehrer*innen ihren Schüler*innen die Fähigkeit des
62 kritischen Denkens vermitteln sollen. Kritisches Denken stellt in dieser Überlegung die Folge von
63 Demokratisierung und Schuldbekennnis dar und wird auch aus dem Erinnern abgeleitet. Häufig ist
64 *kritisches Denken* jedoch eine hohle Phrase. Überspitzt formuliert: Für viele besteht die kritische
65 Auseinandersetzung mit der Realität darin, ein Säulendiagramm zu analysieren und festzustellen,
66 dass die Form der Darstellung die zu Grunde liegende Statistik verzerrt. Wenn es die Aufgabe von
67 Erinnerungskultur ist, die Ausbildung emanzipierter Menschen zu unterstützen, dann darf uns das
68 nicht reichen. Schüler*innen nur in die Bahnen des bestehenden Systems zu lenken, ist einerseits
69 richtig, wenn es um die Erziehung zu Demokrat*innen geht, aber falsch, wenn suggeriert wird, dass
70 die jetzigen Formen, wie wir wirtschaften, zusammenleben und unsere Gesellschaft organisieren
71 die einzig möglichen sind. So werden Strukturen ignoriert, die auch nach der Demokratisierung
72 weiterbestehen, und unter anderem dazu beigetragen haben, dass so viele Menschen zu
73 Mörder*innen wurden. Natürlich ist es völlig legitim, dass Schüler*innen den bestehenden
74 Gesellschaftsentwurf akzeptieren oder gar bevorzugen. Wichtig ist es aber, die soziale Realität
75 stärker zu durchdringen, denn nur so können Handlungen aus dem Erinnern abgeleitet werden, die
76 zur Bildung einer freien, gleichen und gerechten Gesellschaft beitragen.

77 **Jungsozialistische Anforderungen an das Erinnern in der Schule**

78 Für eine angemessene Erinnerungskultur müssen die folgenden Punkte beachtet werden, die aus
79 der obigen Kritik abgeleitet sind. Die Unterteilung dieser Forderungen folgt den zuvor formulierten
80 Funktionen von Erinnerungs- und Gedenkpolitik.

81 **Erinnern als Selbstzweck:**

82 - Die Kultusministerien der Länder entwerfen ein Konzept zur Erinnerungs- und Gedenkkultur, in
83 dem die Singularität der Shoah bzw. des Holocausts außer Frage steht und sie nicht in den Kontext
84 mit anderen Genoziden gesetzt wird. Dass diese dennoch behandelt und den Opfern gedacht
85 werden muss, steht außer Frage.

86 - Schulen müssen verpflichtet sein, im Rahmen der Vorgaben des Kultusministeriums ein
87 erinnerungsspezifisches Profil auszubilden. In diesem sind alle geplanten Aktionen, Projekte,
88 Bündnisse, Partner*innen festgehalten. Die Schulen sind dazu verpflichtet, sich in ihrem Umfeld
89 um Kooperationen mit Gedenkstätten und Museen zu bemühen. Denkbar ist es, dass sich die
90 Schulen im Rahmen einer jährlichen Woche mit Gedenkinhalten auseinandersetzen.

91 - Die Durchführung einer Gedenkstättenfahrt zur Schulzeit ist verpflichtend. Die Modalitäten
92 obliegen den Schulen. Selbstredend unterstützt das Kultusministeriums die Schulen bei Planung
93 und Durchführung, etwa mit Fortbildungen für Lehrer*innen. Außerdem übernimmt das
94 Ministerium die Finanzierung.

95 - Erinnern ist nicht die genuine Aufgabe des Fachs Geschichte. Vielmehr muss bei Behandlung der
96 Shoah bzw. des Holocausts eine fächerübergreifende Auseinandersetzung stattfinden. Etwa kann
97 im Fach Deutsch Lyrik zur Shoah bzw. zum Holocaust gelesen oder die Möglichkeit diskutiert
98 werden, ob nach Auschwitz überhaupt ein Gedicht geschrieben werden kann. In Geschichte wird
99 eine historische Einordnung der Ereignisse vorgenommen und im Philosophie bzw.
100 Religionsunterricht werden ethische Diskussionen geführt.

101 - Die Schüler*innen sollen für Gedenktag im besonderen Maße sensibilisiert werden. Dazu gehört
102 die **klare Trennung** des Gedenkens von Opfern und Tätern. Der Volkstrauertag ist ein trauriges
103 Beispiel dafür, wie Schuld relativiert wird, indem das Gedenken für Opfer und Täter gleichgesetzt
104 wird. Unsere Gedanken gehören den Opfern der Shoah bzw. des Holocausts.

105 - Zeitzeug*innen sind ein wertvoller Schatz, weil sie eindrücklich von persönlichen Erlebnissen
106 berichten können, und sollten, wenn möglich, **fester Bestandteil** der Auseinandersetzung mit der
107 Shoah bzw. dem Holocaust im Unterricht sein. Bedauerlicherweise gibt es immer weniger
108 Zeitzeug*innen, sodass wir vor der Herausforderung stehen, zukünftig Gedenken zu gestalten,
109 ohne die Menschen anhören zu können, deren Einbringung so wichtig ist.

110 **Handlungsmöglichkeiten durch das Erinnern:**

111 - Aus dem Erinnern folgt das Ableiten von Handlungsmöglichkeiten. Die Schüler*innen sollen
112 Bezüge herstellen zwischen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit heute und damals
113 auch mit geschlechts-, kultur- und sozialsensibler Perspektive. Ziel jeder Erziehung ist es, dass
114 „Auschwitz nie wieder sei“.

115 - Der Unterricht muss streng nach demokratischen, antirassistischen und
116 menschenrechtsorientierten Maßstäben ausgerichtet sein. Diese Ausrichtung kann unter anderem
117 mit den Erfahrungen der Vergangenheit begründet werden. Außerdem gelten die Bestrebungen im
118 Unterricht auch der Überwindung von Nationalismen. Stattdessen sollte die europäische Idee und
119 der Gedanke des Weltbürger*innentums Anklang finden.

120 - In Zeiten einer immer komplexeren Welt ist es besonders verlockend auf die schwierigen Fragen
121 und Anforderungen der Realität mit einfachen Antworten zu reagieren. Ziel ist es, Komplexität zu
122 reduzieren, was dazu führt, dass umfangreiche Ereignisse unzureichend erklärt werden. Diese
123 fehlende Anerkennung einer komplexen Welt geht häufig einher mit Rassismen oder
124 Verschwörungstheorien. Schüler*innen müssen lernen, die Ambiguität der Welt zu tolerieren -
125 eine Fähigkeit, die unter anderem aus der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gewonnen
126 werden kann. Das gleiche gilt für die Empathiefähigkeit der Schüler*innen.

127 - Die Schüler*innen müssen zu richtigem kritischem Denken befähigt werden. Dazu gehört neben
128 der im vorigen Punkt beschriebenen Ambiguitätstoleranz auch die Erkenntnis, dass die soziale Welt
129 und somit Gesellschaft veränderbar sind. Die sozialen Verhältnisse sind kein durch Naturgesetz
130 evozierter Zwang.

A7 Wider die Kennzeichnung israelischer Produkte

1 2015 verabschiedete die EU-Kommission eine Verordnung, die eine Kennzeichnung von Produkten
2 israelischer Firmen, die ihren Standort im Westjordanland, in Ostjerusalem oder auf den
3 Golanhöhen haben, vorsieht. Die Verordnung wird als Schritt zu mehr Transparenz verkauft: Die
4 Käufer*innen israelischer Produkte hätten das Recht zu erfahren, ob ihr Einkauf aus dem
5 israelischen Kernland oder den „besetzten Gebieten“ stamme. Wir Jusos lehnen eine solche
6 Kennzeichnung ab und wirken auf allen Ebenen auf eine Aufhebung dieser Verordnung hin. Viele
7 Argumente sprechen gegen die Kennzeichnungspflicht.

1 Begründung:

2 - Eine Kennzeichnungspflicht für israelischer Produkte ist heuchlerisch und Ausdruck einer wenig
3 schmeichelhaften Sonderbehandlung des Staates Israel durch internationale Institutionen wie die
4 UN und in diesem Fall die EU. Wenn das Ziel der Kennzeichnung ist, Transparenz für die
5 Bürger*innen zu schaffen, warum werden dann nicht auch Produkte aus dem türkisch besetzten
6 Teil Zyperns oder aus der von Marokko okkupierten Westsahara von der Kennzeichnungspflicht
7 eingeschlossen? Die Kennzeichnung dient vielmehr dazu politischen Druck auf Israel auszuüben, in
8 einer Form, die nicht angemessen ist.

9 - Die EU-Kommission spricht in der Verordnung freimütig von „besetzten Gebieten“ ohne zu
10 unterscheiden, welche Gebiete „besetzt“ sind und welche unter israelischer Verwaltung stehen.
11 Schon gar nicht wird darüber diskutiert, warum die Gebiete eigentlich „besetzt“ sind. Die
12 israelische Hoheit über diese Gebiete sei rechtswidrig, gleichgültig wie der rechtliche Status nach
13 israelischen Gesetzen auch immer sei, heißt es aus Brüssel. Die EU- Kommission schreibt mit der
14 Verordnung selbstherrlich fest, was seit Jahrzehnten strittig ist: die exakte Grenze zwischen Israel
15 und Palästina.

16 - Insbesondere bedeutete die Kennzeichnung wirtschaftlichen Schaden für die rund 30.000
17 palästinensischen Arbeiter*innen, die in den israelischen Siedlungen beschäftigt sind. Hier wendet
18 sich die Kennzeichnung gegen die Menschen, denen sie augenscheinlich helfen will.

A8 Öffentlich geförderte Beschäftigung stärken

- 1 1.) Der sog. „Zweite Arbeitsmarkt“, also alle staatlich subventionierten Arbeitsverhältnisse,
2 muss massiv ausgebaut werden. Dazu reichen die bisherigen Bundesprogramme nicht aus,
3 da sie nur wenige Langzeitarbeitslose erreichen.
- 4 2.) Jede*r Langzeitarbeitslose muss die Gelegenheit erhalten, in ein öffentlich gefördertes
5 Beschäftigungsverhältnis aufgenommen zu werden.

6 Die Arbeitslosenquote in Deutschland hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Im Oktober
7 2012 waren beispielsweise 6,5% der erwerbsfähigen Menschen arbeitslos. Innerhalb von 4 Jahren
8 sank dieser Wert bis Oktober 2016 nur um 0,8%-Punkte auf 5,7%. Bezogen auf NRW sank die
9 Arbeitslosenquote im selben Zeitraum von 8,1% auf 7,4%. In die Arbeitslosenquote werden jedoch
10 viele Menschen nicht eingerechnet, z.B. wenn sie sich in einer Maßnahme des Jobcenters
11 befinden, einer Sanktion unterliegen oder wenn sie ihr Einkommen aus geringfügiger
12 Beschäftigung „aufstocken“, sodass die tatsächliche Arbeitslosenquote um einiges höher liegt.

13 Eine wesentliche Gruppe unter den Arbeitslosen machen die sog. „Hartz-IV“-Empfänger*innen,
14 präziser: Leistungsempfänger*innen nach dem SGB II, aus. Bundesweit sind dies 2016 ca. 4,3
15 Millionen Menschen. Diese Zahl ist in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Viele
16 Menschen, die in den Leistungsbezug nach dem SGB II fallen, kommen aus diesem meist nicht
17 wieder heraus. Je länger sie Hartz IV beziehen, desto unwahrscheinlicher wird eine Vermittlung in
18 den Arbeitsmarkt. Das liegt an verschiedenen Umständen.

19 Zum einen stellen bestimmte Lebensumstände eine nahezu unüberwindbare Hürde dar. Hierzu
20 kann das Alter gehören, insbesondere für Menschen, die älter als 50 Jahre alt sind. Behinderungen
21 und/oder chronische Krankheiten erschweren die Vermittlung an Arbeitgeber*innen. Oft fehlt es
22 an ausreichenden berufsqualifizierenden Bildungsabschlüssen. Zum anderen werden Hartz-IV-
23 Empfänger*innen auch heute noch abschätzig stigmatisiert.

24 Die Maßnahmen, die dem Jobcenter zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen,
25 sind vielfältig. Zum einen gibt es Maßnahmen, die unmittelbar der Aktivierung der arbeitslosen
26 Person und ihrer beruflichen Eingliederung dienen sollen, wie z.B. Bewerbungstrainings und „1-
27 Euro-Jobs“. Eine andere Möglichkeit ist die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen. Daneben
28 werden bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt in den Fokus genommen, wie z.B. Unter-25-
29 Jährige, Menschen über 50 sowie neuerdings Geflüchtete. Schließlich gibt es für Menschen mit

30 Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten spezielle Maßnahmen, die die spezifischen
31 Benachteiligungen ausgleichen sollen.

32 Ebenfalls als Maßnahme zählt die Sanktionierung von Fehlverhalten. Wenn eine arbeitslose Person
33 einer Mitwirkungspflicht nicht nachkommt, z.B. weil ein Gesprächstermin versäumt wird, können
34 die Leistungsbezüge beim ersten Verstoß um 30 %, bei weiteren Verstößen um 60 % reduziert
35 werden. Bei Unter-25-Jährigen darf sogar eine Kürzung um 100 % erfolgen.

36 Schließlich gibt es die Möglichkeit der öffentlich geförderten Beschäftigung. Hierbei wird
37 Arbeitgeber*innen jene Summe gezahlt, die anderenfalls die arbeitslose Person als Hartz IV-
38 Leistung erhalten würde. Der bzw. die Arbeitgeber*in schafft im Gegenzug eine Arbeitsstelle für
39 die arbeitslose Person in seinem bzw. ihren Betrieb. Als Vergütung erhält die arbeitslose Person
40 wenigstens Mindestlohn ausgezahlt. Hierfür sorgt notfalls der Bund durch einen entsprechend
41 hohen Zuschuss. Die öffentliche Förderung wird Jahr für Jahr reduziert, bis der bzw. die
42 Arbeitgeber*in nach meist drei bis vier Jahren die Kosten alleine trägt. Die hierdurch geschaffenen
43 Arbeitsplätze werden auch als „Zweiter Arbeitsmarkt“ bezeichnet, in Abgrenzung zu den Jobs, die
44 in der freien Wirtschaft verfügbar sind („Erster Arbeitsmarkt“).

45 Seitdem 2011 die damalige Arbeitsministerin von der Leyen die Summen, die den Jobcentern zur
46 Verfügung gestellt werden, halbiert hat, um dem Spardiktat der schwarzen Null zu entsprechen,
47 machen die Jobcenter von der öffentlich geförderten Beschäftigung jedoch kaum noch Gebrauch.
48 Das liegt daran, dass ein Bewerbungstraining für eine Gruppe Menschen günstiger ist als die
49 Einzelfallbetreuung von öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen.

50 Vergleicht man jedoch die Effektivität und Nachhaltigkeit von Bewerbungstrainings mit der von
51 öffentlich geförderter Beschäftigung, erkennt man schnell, dass an der falschen Stelle gespart wird.
52 Während Bewerbungstrainings fast nie unmittelbar zu neuen Beschäftigungsverhältnissen führen,
53 werden 2 von 3 öffentlich geförderten Beschäftigten nach Ablauf der Förderungszeit übernommen.
54 Dies hat mehrere Gründe.

55 Der bzw. die Arbeitslose ist nach mehreren Jahren vollständig in den Betrieb integriert. Er bzw. sie
56 hat den Beruf zu diesem Zeitpunkt praktisch erlernt und ist für den bzw. die Arbeitgeber*in
57 inzwischen eine vollwertige Arbeitskraft geworden. Durch den langsamen Rückgang der Förderung
58 entsteht für den bzw. die Arbeitgeber*in ein sanfter Übergang in der Finanzplanung, sodass nicht
59 sofort wieder Menschen entlassen werden müssen.

60 Für arbeitslose Menschen ist eine solche „normale“ Beschäftigung inklusive der Integration in den
61 Betriebsablauf sinnstiftender als z.B. 1-Euro-Jobs. Seit einer Gesetzesänderung dürfen solche Jobs
62 nur noch dann angeboten werden, wenn sie nicht auch durch die freie Marktwirtschaft angeboten
63 werden. Der Spielraum ist sehr klein geworden, da nahezu jede Tätigkeit auch auf dem freien
64 Markt verfügbar ist. Arbeit für Mindestlohn stellt eine echte Verbesserung der Lebensverhältnisse
65 der Leistungsempfänger*innen dar. Da der freie Arbeitsmarkt jedoch überwiegend gesättigt ist und
66 kein Bedarf an der Eingliederung weiterer Menschen besteht, ist es die Aufgabe des Staates, durch
67 sinnvolle Arbeit soziale Teilhabe zu gewährleisten.

68 Dies hat Arbeitsministerin Nahles auch erkannt und zwei Bundesprogramme errichtet, durch die
69 Langzeitarbeitslose mit Mehrfachhemmnissen, also z.B. keine bzw. geringe berufliche Qualifikation
70 und zusätzlich unter 25 Jahre alt, gefördert werden sollen. Die Programme kranken jedoch daran,
71 dass sie einen Kompromiss mit der Union darstellen. Der Verwaltungsaufwand, um die
72 Programmplätze entsprechend der Vorgaben zu besetzen, ist sehr hoch, sodass bis heute die
73 meisten der Plätze unbesetzt bleiben. Zudem sind die Programme befristet und vom finanziellen
74 Rahmen eng umgrenzt.

75 Anstelle einzelner Programme sollte vielmehr die öffentlich geförderte Beschäftigung wieder auf
76 einen breiten finanziellen Sockel gestellt werden. Jede*r Langzeitarbeitslose sollte Zugang hierzu
77 haben, da die Integrationsquote innerhalb der Gruppe der langzeitarbeitslosen Menschen sehr viel
78 höher liegt als bei den anderen Maßnahmen.

79 Insbesondere wenn in den nächsten Monaten die Geflüchteten nach Abschluss ihrer Asylverfahren
80 in der Arbeitsmarktstatistik auftauchen und die Arbeitslosenquote erhöhen werden, ist es umso
81 wichtiger, wieder verstärkt in den Arbeitsmarkt zu investieren. Solange unsere Gesellschaft an dem
82 Leitbild festhalten möchte, dass jeder Mensch Vollzeit 40 Stunden pro Woche arbeiten soll, muss
83 der Staat den Rahmen hierfür gewährleisten. Denn auch gute Arbeit gibt's nicht für lau.